

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

194 (23.8.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.- M. einsch. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 J.

Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.- M. Die Reklamezeile 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Lage in Oberschlesien Flüchtlinge

Wetlich, 23. Aug. Aus den von den Polen besetzten Gebieten von Kattowitz und Beuthen sind im Laufe des Samstag 500 Flüchtlinge eingetroffen, 400 wurden nachmittags nach Kattowitz weiterbefördert, wo der Verband heimattreuer Oberschlesier für Unterbringung und Verpflegung sorgt. Inzwischen werden neue Flüchtlinge aus dem Kreise West ein, die in Westpreußen gesammelt und ebenfalls nach Kattowitz befördert werden.

Sturm auf ein Rathaus

Bismarckhütte, 23. Aug. Eine Gruppe aus jüngeren Leuten bestehende Bande überfiel gestern nachmittags kurz nach 3 Uhr das Rathaus, das von der Polizei hartnäckig verteidigt wurde. Die Angreifer zählten 5 Tote und einige Verletzte. Als schließlich eine französische Patrouille eintraf, brach die Bande den Kampf ab und zog sich zurück. Um 6 Uhr abends war die Ruhe im großen und ganzen wieder hergestellt.

Entwaffnung der Sicherheitspolizei

Berlin, 23. Aug. In Myslowitz wurde eine Hundertschaft der Sicherheitspolizei entwaffnet und gefangen genommen und zum Teil nach Polen, zum Teil nach Schoppinitz gebracht, wo sich das Hauptquartier der Aufständischen befindet. Bei Leppschütz kam es zwischen der Sicherheitspolizei und den Polen zu heftigen, verlustreichen Gefechten, in deren Verlauf sich die Sicherheitspolizei vor dem an Zahl weit überlegenen Gegner zurückziehen mußte, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden.

Berlin, 23. Aug. Wie aus Oberschlesien gemeldet wird, befindet sich das ganze Gebiet nördlich, östlich und südlich von Kattowitz in den Händen der polnischen Banden, die zum Teil über die Grenze herübergekommen sind. Die polnischen Sicherheitspolizei ist getrennt von den Polen hart bedrängt worden und es gelang nur einem kleinen Teil, sich zurückzuziehen. Die meisten wurden überwältigt und nach Kongresspolen geschleppt. Die Sicherheitspolizei von Boguski mußte sich nach heftigen Kämpfen auf Kattowitz zurückziehen. Die französischen Truppen haben sich bei allen diesen Kämpfen passiv verhalten. Sie haben zugehört, zu versuchen, die verschleppten Sicherheitsbeamten zurückzubringen. Gegenwärtig herrscht in Kattowitz Ruhe.

Beuthen, 23. Aug. In Deutsch-Bielar und Scharley treten Bestrafungen auf. Es kam zu kleineren Schießereien. In Hohen- lünde treiben sich bewaffnete Herden herum. Somit herrscht im Beuthener Bezirk Ordnung. In Schoppinitz bilden sich bewaffnete Gruppen, die anscheinend auf Kattowitz marschieren. Die französischen Truppen verhalten sich neutral. Die in Myslowitz entwaffnete Hundertschaft der Sicherheitspolizei wurde ihrer Ausrüstung beraubt, schwer mitgehandelt und nach Sosnowice befördert. Auf Vorstellungen des Polizeipräsidenten von Kattowitz erhielt eine französische Kompanie den Befehl zur Befreiung der Hundertschaft. Der Befehl wurde bisher nicht ausgeführt. In den besetzten Ortschaften ist polnische Polizei eingesetzt. In Boguski-Schoppinitz wurden Beamte als Geiseln fortgeführt. Anhaltend findet Raubzug aus Polen statt. Es sollen polnische Offiziere in Uniformen aufgetreten sein. Wie verlautet, wurden mehrere deutsche Geschäfte angegriffen.

Beuthen, 23. Aug. Im Beuthener Bezirk sind Deutsch-Bielar, Scharley, Birkensain, Szamin und Brzeszowitz in den Händen der Polen.

Kattowitz, 23. Aug. Normale Zustände dürften in kürzester Zeit hergestellt sein. Die Besatzungstruppen sind vollkommen Herr der Lage. Der Landkreis Kattowitz befindet sich dagegen noch vollständig in der Hand der polnischen Insurgenten, die heute ihr Hauptquartier auf den Kreis West ausdehnen. Hier wurde der Ort Anhalt in Brand gesetzt. Imilin und Berun sind bedroht. Die Bevölkerung flüchtete hier und an anderen Orten aus Oberschlesien. An einzelnen Orten ist es zu schweren, verlustreichen Kämpfen zwischen Sicherheitspolizei und Aufständischen gekommen, so in Boguski, Laurahütte und Myslowitz, wo eine Hundertschaft entwaffnet und gefangen genommen wurde. Die Sicherheitspolizei ist an Zahl und Bewaffnung unterlegen und hat einen außerordentlich schweren Stand. Das Austreten regulärer polnischer Militärs ist festgestellt worden. Der Belagerungszustand ist über Kattowitz-Land ausgedehnt worden und dürfte auch über den Kreis West verhängt werden. Der Bahn- und Postverkehr im Aufstanzgebiet ist gestört. Die Streikbewegung der polnischen Bergarbeiter dehnte sich heute abend von dem silesischen Grenzrevier nach Hindenburg aus. Die Notstandsarbeiten werden, soweit Meldungen vorliegen, verrichtet. Beuthen, Gleiwitz und das ganze Oberschlesien des Kreises West sind vollkommen ruhig.

Kattowitz, 23. Aug. Von einem gefangen genommenen Sicherheitsbeamten, der heute aus Myslowitz eintraf, erfahren wir, daß dort ein Befehl der Franzosen bekannt gemacht worden ist, wonach bis Montag früh sämtliche Waffen abzugeben sind. Darnach wird eine Kommission, bestehend aus einem Franzosen, einem Italiener, einem Engländer und einem Deutschen, Hausdurchsuchungen vornehmen.

Brzeslau, 23. Aug. Aus Kattowitz wird berichtet: Nach Informationen von zuverlässiger Stelle können wir zur Lage folgendes mitteilen: Die französische Besatzungsbehörde zeigt seit gestern offensichtlich das Bestreben, auf unzulässige Weise die Ordnung wieder herzustellen und die Polen zur Abgabe der Waffen zu veranlassen. Seit dem Eintreffen des Oberleutnants Gagul, des Chefs des Stabs des Generals Berond, ist ein offener Umsturz in dem Verhalten der französischen Besatzungstruppen festzustellen. Die Truppen zeigen unermüdlich, daß ihnen daran liegt, der Sicherheitspolizei zu helfen und den Kriegen in Oberschlesien wieder herzustellen. So haben sie der Sicherheitspolizei die ihr von den Polen abgenommenen Waffen, Waffen usw. wieder zugestellt. Die Hundertschaft in Lipine, die von 1000 Polen belagert wurde, ist wieder befreit worden.

Beuthen, 23. Aug. Die Forderungen des polnisch-polnischen Verbandes und der Gewerkschaften sind nunmehr den Entschendebörden schriftlich überreicht worden. Zu den bereits

gemeldeten Forderungen kommen neue hinzu: Bestrafung derjenigen Mannschaften der Sicherheitspolizei, die aktiv an den Ausschreitungen teilgenommen haben und die festgenommenen Polen an den Fesseln ausgehändigt bezw. den Fesseln nicht gelockert haben, die Polen zu mißhandeln und totzuschlagen, sofortige Entwaffnung der Sicherheitspolizei aus Kattowitz, Reinzusammenlegung der Gerichte, Gründung einer aus Oberschlesien bestehender Nationalität bestehender Bürgerwehr für das ganze Abstammungsgebiet, Auflegung einer Kontingent auf die Stadt Kattowitz in ungefährer Höhe des den Polen angerichteten Schadens und zwar innerhalb sechs Tagen, Bezahlung der Forderungen an die Bergarbeiter, die aus Anlaß der deutschen Ausschreitungen in Kattowitz die Arbeit als Protest niederlegten. Als erste Forderung gilt der 19. August.

Kattowitz, 23. Aug. Bei den Unruhen in Kattowitz hat die Sicherheitspolizei folgende Verluste erlitten: tot 1 Offizier, 3 Unterbeamten, verwundet: 12 Beamte. Die Gefangenen sind inzwischen zurückgeführt.

Schwere Beschuldigungen gegen den Reichs- kommissar für das Sicherheitswesen

In der „Noten-Zeitung“ erhebt der Vorkämpferführer Radecki schwere Beschuldigungen gegen den Reichskommissar und früheren Staatsanwalt Weismann. Radecki schreibt u. a.: Ich habe die Bekanntheit dieses Herrn gemacht, als ich die Gastfreundschaft der deutschen Regierung im früheren Reichs-Justizhausgefängnis genossen habe. Nach mehr als einem Monat meiner Inhaftierung, als das Justizministerium schon die Abnahme meiner Fesseln bewirkt hatte, befahl Herr Weismann, mir Fesseln während der Spaziergänge anzulegen. Auf meinen und des Unterungersichters Protest wurde dieser barbarische Befehl aufgehoben. Auf einmal änderte sich das Verhältnis des Herrn Staatsanwalts zu mir; er genährte, obwohl das nicht meine Sache war, verschiedenen politischen Persönlichkeiten Zutritt zu mir, die die deutsche Regierung gewiß nicht gerne bei mir sehen konnte; das alles als Entgelt für die freundliche Beihilfe bei der Erlangung des Schweizer Passports, die ihm einer meiner Freunde gewährte, ohne zu wissen, wie sehr er ihn verpfändete. Wir erfuhren die Gründe der überwältigenden Dankbarkeit des Herrn Staatsanwalts bald. Der hiesige Hüter der Ordnung hat bei einem Scharfschützen etwa eine Million gewonnen und mußte sie nach der Schweiz verschicken.

Ich halte es für vollkommen berechtigt, daß auf den Hüter der Ordnung der Schweizer Herr Staatsanwalt Weismann folgt. Mißbräuche werden oft gute Wächter, und wer soll eine Schweizerrepublik verteidigen, wenn nicht ein Schieber. Meine Aufgabe als Hüter ist beendet. Ich will sie mit einer Prophezeiung schließen: So wie es sich nicht feststellen ließ, daß Herr Strauß durch politische und geschäftliche Welt bekannt war, so wie durch seinen Erzählte amtlich nicht feststellen lassen wird, obwohl es allen Kollegen des Herrn Weismann bekannt ist, wird Herr Weismann weiterhin seine Spitzelarbeit verrichten.

Karl Radecki.

Herr Weismann hat loben in der Berliner Presse eine Erklärung abgegeben, die aber völlig ungenügend ist und die keineswegs die Angaben Radeckis entkräftet. Die Regierung muß sich umgehend äußern zu der Angelegenheit.

Die Einberufung des Völkerverbundes

Washington, 21. Aug. Präsident Wilson hat die Versammlung des Völkerverbundes auf den 16. November einberufen. Die Tagung findet wahrscheinlich in Genf statt.

Kommunistische Treibereien

Essen, 22. Aug. Die Kommunisten entfalten im ganzen rheinisch-westfälischen Industriebezirk wieder eine heftige Tätigkeit für den Rätegebirg und fordern offen zu neuen Kämpfen auf. In Essen und andern Städten des Bezirkes wurden heute Aufmärsche veranstaltet, in denen die Arbeiter sich durch politische und geschäftliche Welt bekannt war, so wie durch seinen Erzählte amtlich nicht feststellen lassen wird, obwohl es allen Kollegen des Herrn Weismann bekannt ist, wird Herr Weismann weiterhin seine Spitzelarbeit verrichten.

Berlin, 21. Aug. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Eberfeld: Die Arbeitslosen veranfaßten gestern mittag eine Kundgebung. Nachmittags erfolgte ein mißglückter Aufbruch von Anhängern der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, die zum Rathaus zogen und die Ausrufung der Räterepublik verlangten. Die Sicherheitswehr hatte mit Maschinengewehren das Rathaus umstellt. Nach einiger Zeit verzehrte sich die Ansammlung und die Sicherheitspolizei konnte wieder abrücken.

Berlin, 22. Aug. Wie aus Magdeburg gemeldet wird, haben etwa 100 auswärtige Arbeiter den Ruf in Köthen injiziert. Sie haben den Bürgermeister und den Führer der Reichssozialisten verhaftet und die Räterepublik ausgerufen. Morgens wurden die Arbeiter aus den Betrieben herausgeholt und der Eisenbahnverkehr still gelegt.

Dessau, 22. Aug. Der Staatsrat für Anhalt hat heute mittag über Stadt und Kreis Köthen den Ausnahmezustand erklärt. Als die kommunistischen Rufführer hörten, daß ihre Annahme, auch in Halle, Leipzig und Magdeburg sei die Räterepublik erklärt worden, sah sie, erklärte der Urheber des Ruffes, Oberlehrer Berg, ein früherer Oberleutnant der Reserve, den Volksgesetz für aufgelöst. Damit hat die Räterepublik in Köthen ihr Ende gefunden.

Düsseldorf, 21. Aug. Weltweit ist durch die Sicherheitspolizei aus Essen genommen. Kommunistische Rufführer sind verhaftet worden. Der verfassungsmäßige Zustand ist wieder hergestellt.

Tarnopol, 22. Aug. Im Kreise Tarnopol kam es zu schweren Ausschreitungen. Ueberfälle auf Wohnort von Fortsetzung und auf Wirtschaftsinpektoren, Entwaffnung von Genarmen, posten und Mißhandlung von Lehrern wiederholten sich häufig. Das Bauerndorf Karischhof wurde ausgeplündert und das Vieh getötet.

Das Unglück der Arbeiterbewegung

Man pflegt im allgemeinen die Spaltung als das Unglück der Arbeiterbewegung zu bezeichnen, das gerade im entscheidenden Moment ihre Aktionskraft gelähmt hat. Aber wenn Optimisten anfänglich geglaubt haben, daß die Spaltung eine schnell vorübergehende Episode darstellen werde, so werden wir wohl nach der Entwicklung der Dinge mit ihr als einen Dauerzustand zu rechnen haben. Die Spaltung durchzieht nicht nur Deutschland, sondern die sozialistischen Parteien fast aller Länder sind mehr oder weniger von ihr betroffen. Die Zentralisationspunkte der Zweiten und Dritten Internationale wirken ihrerseits dazu mit, zwei sich immer mehr voneinander lösende getrennte Blöcke zu schaffen. Schließlich aber — und das ist das Wichtigste — stellt sich die Spaltungsbeziehung, ihrer lokalen und zeitlichen Zufälligkeiten entkleidet, als der deutliche Widerstreit zweier verschiedener Prinzipien dar, zwischen denen eine Brücke bis heute noch nicht gefunden ist. Die Worte Demokratie und Diktatur stellen dabei nur die äußere Schale der Gegensätze dar, der Kern heißt: Entwicklung oder Katastrophe?

Man mag die Spaltung auf das tiefste bedauern, es hat trotzdem keinen Zweck, Klagen darüber anzustellen, solange die Vereinigung der prinzipiellen Gegensätze zu einer höheren Synthese nicht geahnt ist. Alle dahingehenden Versuche haben sich als ergebnislos erwiesen. Am untauglichsten ist natürlich der Versuch des faulen Kompromisses, wie ihn etwa die deutschen Unabhängigen eingeschlagen haben, indem man rein äußerlich „bis zu einem gewissen Grade“ für Diktatur eintritt, sich aber auch mit einerseits und andererseits mit der Demokratie abfindet. Solches Kompromissen, das rein faktischen Erwägungen entspringt, muß kurz über lang in die Brüche gehen. Gehen könnte nur eine Ueberbrückung der Gegensätze in höherem prinzipiellen Sinne, aber irische hat trotz allen Denkens noch niemand gefunden, und es erscheint auch sehr unwahrscheinlich, daß sie überhaupt denkbar ist.

Bei allem Bedauern werden wir uns also mit der Spaltung der Arbeiterbewegung für die Zukunft, soweit diese für momentanes politisches Handeln in Betracht kommt, abfinden müssen. Aber diese Spaltung ist an sich noch nicht das entsetzliche Unglück. Auch die Gegenstücke, das Bürgertum, ist uns noch nie als massive Einheit entgegengetreten. Trotz aller Versuche, den bürgerlichen Einheitsblock gegen die Sozialdemokratie herzustellen, brechen sich die Interessengegenstände zwischen den einzelnen Kapitalgruppen, zwischen mobilem und immobilem Kapital, zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Industrie und Handel, zwischen Großbesitz und Kleinbesitz immer wieder Bahn. Aber das Bürgertum hat vor der Arbeiterbewegung voraus, daß seine Spaltungen niemals in wilden gegenseitigen Vernichtungskampfen ausarten. Gegenüber dem gemeinsamen Feind, dem Sozialismus, stellt sich die Einigkeit wenigstens in den entscheidenden Fragen fast automatisch ein. Das wirkliche Unglück der Arbeiterbewegung besteht darin, daß die einmal vorhandene Spaltung mit so viel Tatkraft und Verstand vertieft worden ist, daß selbst in Momenten höchster Entscheidung die Einigkeit gar nicht erzielt wird oder doch die gemeinsame Front sich als so locker erweist, daß der volle Erfolg geschlossenen Vorgehens nicht erreicht werden kann.

Die Arbeiterbewegung könnte hier von dem Bürgertum viel lernen. Wir wollen ein Beispiel geben: Der rechte Flügel des Bürgerturns gruppiert sich zurzeit in Deutschland um zwei Parteien, die Deutsche Volkspartei und die Deutsch-nationalen. Obwohl einzelne Politiker über den Rufus dieser Zweiteilung sehr gesammert haben, haben es die beiden Gruppen doch vorgezogen, jede selbständig zu bleiben. Solange sie in gemeinsamer Front gegen die republikanische Regierung standen, haben sie sich gegenseitig überhaupt nicht beföhelt. Aber auch, nachdem auf Grund des Ausfalls der Reichstagswahlen eine der beiden Gruppen, die Volkspartei, selber in die Regierung eingetreten ist, hat sich das Verhältnis kaum geändert. Obwohl die Deutsch-nationalen auch gegen die jetzige Reichsregierung in Opposition stehen, hüten sie sich, vor einigen extremen Außenstehenden abgelehrt, auf die Deutsche Volkspartei anders als durch Ermahnungen einzumirken.

Wie ganz anders in der Arbeiterbewegung! Selbst dort, wo die beiden Hauptgruppen in gemeinsamer Opposition stehen, ruht der Kampf nicht einen Augenblick. Wo aber gar die Sozialdemokratie in der Regierung sitzt, die Unabhängigen draußen stehen, da betrachten diese es als ihre Hauptaufgabe, in wilder und struppelosester Agitation gegen die in der Regierung befindliche Partei vorzugehen. Und zwar nehmen sie absichtlich nicht etwa die bürgerlichen Teilhaber der Koalitionsregierung aufs Korn, diese lassen sie vielmehr ganz links liegen, um allen Haß auf die Sozialdemokratie konzentrieren zu können. Welches Uebermaß von Erbitterung haben sie auf den sozialdemokratischen Reichswehrminister Roske gehäuft. Sein demokratischer Nachfolger, Herr Geßler, wird dagegen in weitestem Maße von ihnen geschont obwohl der unabhängige Abgeordnete Rosenfeld vor kurzem im Reichstag selber den Satz prägte, daß es unter Geßler zehnmal schlimmer geworden sei. Ueberhaupt kann man die Beobachtung machen, daß die

jetzige reinbürgerliche Reichsregierung von den Unabhängigen zehnmal anständiger behandelt wird als die frühere, in der die Sozialdemokraten mitwirkten, obwohl diese zweifellos eine viel weiter nach links gerichtete Politik trieben.

Dabei ist die rein bürgerliche Reichsregierung letzten Endes der Erfolg der ganz einseitigen agitatorischen Einstellung der Unabhängigen gegen die Sozialdemokratie. In einzelnen Bundesstaaten, wie in Mecklenburg, Bremen usw., hat dieser blinde Satz zu ganz ähnlichen Resultaten geführt. Heute stehen wir vor der starken Wahrscheinlichkeit, daß bei den nächsten Wahlen auch die letzte republikanische Macht, die die Arbeiterkraft stark ist, nämlich Preußen, durch genau die gleiche Taktik der Reaktion ausgeliefert wird. Was das bedeuten würde, das mag jeder daraus ermessen, wie wohl der Kampf gegen die Orgesch von einer reinbürgerlichen preussischen Regierung geführt werden würde.

Dies liegt das Unglück der Arbeiterbewegung. Die Spaltung wäre zu ertragen, katastrophal aber wirkt die Politik der besinnungslosen Selbstzerfleischung durch die Linksextremisten.

Die Wahl des Reichspräsidenten

Der Reichstag bestimmt den Termin zur Wahl des Reichspräsidenten. Mit diesem Termin ist in nicht allzu ferner Zeit zu rechnen. Das Wahlgesetz schreibt vor, daß im ersten Wahlgang nur zum Präsidenten gewählt werden kann, wer mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen bekommt. Erhält keiner eine derartige Stimmenzahl, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Nach dem zweiten Wahlgang, zu dem übrigens die Aufstellung ganz neuer Kandidaten zulässig ist, gibt der als gewählt, der jetzt mehr Stimmen bekommen hat, als jeder einzelne seiner

Genossen. Diese Partei muß zur Präsidentenwahl gerüstet sein, denn es wäre ein neuer Schlag für das Proletariat, wenn es diese Machtvollkommenheit räumen müßte. Die wichtigste Aufgabe des Reichspräsidenten ist, daß er sich jeweils eine Regierungsbildung zu suchen hat, welche über eine Mehrheit verfügt. Er hat zu wählen, die übrigen Reichsminister können ohne ihn gleichfalls nicht ernannt und ohne Mißtrauensvotum des Reichstags auch nicht entlassen werden. Allerdings bedarf es zu jeder Ernennung und Entlassung der Kollegen des Reichspräsidenten seitens des Reichstags eines Vorschlags seitens des Reichspräsidenten. Nun muß zwar der Reichspräsident und jeder Reichsminister entlassen werden, sobald es der Reichstag durch ein Mißtrauensvotum fordert, jedoch eine Regierung außer sehr vorübergehend im Falle der Auflösung der Volksvertretung ohne Majorität im Reichstag nicht möglich ist. Es sind aber, solange nicht eine Partei allein über die Mehrheit verfügt, verschiedene Möglichkeiten der Mehrheitsbildung gegeben. Wenn z. B. einmal eine sozialistische Mehrheit mit der U.S.P. vorhanden ist, wird ein sozialdemokratischer Reichspräsident alle Gebel ansetzen um die U.S.P. für die Regierungsbildung zu gewinnen, während ein bürgerlicher Reichspräsident alles daran setzen wird, den Unabhängigen die Bildung einer sozialistischen Regierung zu vereiteln. Letzteres kann der Reichspräsident, sobald es ihm gelingt, die Zustimmung des Reichstags dafür zu gewinnen, den Reichstag auflösen, wenn er glaubt, damit Aussicht auf Erfolg zu haben, eine rein sozialistische Regierung ernennen und den Reichstag auflösen, ehe dieser Gelegenheit zur Erteilung eines Mißtrauensvotums hat.

Unser Genossen dürfen die Frage der Wahl des Reichspräsidenten schon deshalb nicht als „Nebenfrage“ betrachten, weil ein reaktionärer Reichspräsident sofortigen Versuch machen würde, seine Machtstellung als Reichspräsident auszunutzen, um mit Hilfe der Reichswehr einen monarchistischen Staatsstreich zu versuchen. Der Reichspräsident wird leider auf nicht weniger als sieben Jahre gewählt.

Wählerereien der Orgesch — Große Gefahr in Ostpreußen

Die Lage in Ostpreußen ist sehr ernst. Die Gefahr der bewaffneten reaktionären Organisationen wird vergrößert dadurch, daß sie sämtlich der Orgesch angeschlossen sind, die über 40 000 Bewaffnete und 200 000 Waffen verfügt. Die Gewerkschaften begannen eine Gegenorganisation.

Die Situation ist sehr gespannt. Orgesch-Spiegel treiben zu offenen Konflikten. Sie propagieren nationalsozialistische Experimente teils ganz offen, teils fordern sie in gerumpelter und zerrissener Matrosenuniform zur Bildung einer Mätereipublik

Hans und Heinz Kirch

Novelle von Theodor Storm.
(Fortsetzung.)

Am anderen Morgen in der Frühe stand Heinz vollstän- dig angekleidet droben vor dem offenen Fenster; die scharfe Luft strich über ihn hin, aber es schien ihm wohlzutun; fast mit Andacht schaute er auf alles, was, wie noch im letzten Sauch der Nacht, dort unten vor ihm ausgebreitet lag. Wie bleicher Stahl glänzte die breitere Wasserstraße zwischen dem Warden und der Insel drüben, während auf dem schmaleren Streifen zwischen jenem und dem Festlandsufer schon der bläulichrote Frühheine spielte. Heinz betrachtete das alles, doch nicht lange stand er so; bald trat er an einen Tisch, auf welchem das Kubert mit den so widerwillig abge- gebenen Kassenscheinen noch an derselben Stelle lag, wo es Hans Kirch am Abend vorher gelassen hatte.

Ein bitteres Rächeln umflog seinen Mund, während er den Inhalt hervorzog und dann, nachdem er einige der geringeren Scheine an sich genommen hatte, das übrige wieder an seine Stelle brachte. Mit einem Weisheit, den er auf dem Tische fand, notierte er die kleine Summe, welche er herausgenommen hatte, unter der arößeren, die auf dem Kubert bezeichnet stand; dann, als er ihn schon fort- geleitet hatte, nahm er noch einmal den Stift und schrieb darunter: „Thanks for the alms and farewell for ever“. Er wußte selbst nicht, warum er das nicht auf Deutsch geschrie- ben hatte.

Leise, um das schlafende Haus nicht zu erwecken, nahm er sein Reisgepäck vom Boden; noch leiser schloß er unten im Flur die Tür zur Straße auf, als er jetzt das Haus verließ.

In einer Nebengasse hielt ein junger Burche mit einem einspännigen Gefährte; das bestieg er und fuhr damit zur Stadt hinaus. Als sie auf die Höhe des Hügelzuges ge- langt waren, von wo aus man diese zum letztenmal erblicken kann, wandte er sich um und schenkte dem letzten seine Miße. Dann ging im Trabe in das weite Land hinaus.

anf. Diese Nachrichten sind bei der Erregung der Arbeiter- schaft und infolge der Nähe des Kriegsschauplatzes sehr gefährlich. In der „Sartungischen Zeitung“ wird offenbar offiziös gefragt: Woher nehmen die Orgesch und die Ostschutzverbände ihre Milio- nen? Im polnischen Korridor herrscht eine gewisse Nervosität. Die Paktkontrolle ist lässig. Flüchtlingszüge befinden sich auf allen Bahnhöfen. Es sind Aufrufe erschienen, sich an die Front zu melden. Die Dirschauer Weichselbrücke ist militärisch be- wacht, da Gerüchte über Sprengungsabsichten laut geworden sind.

Krach zwischen den Unabhängigen und den Kommunisten

Der auch von uns besprochene Artikel der unabhängigen „Freiheit“ gegen politische Arbeiterräte hat die Kommunisten zu Wutausfällen gereizt. Die „Freiheit“ antwortet: „Wir zu erwarten war, hat unser Artikel, in dem wir uns — in vollster Uebereinstimmung mit den breitesten Kreisen un- serer Genossen — gegen die Wahl politischer Arbeiterräte in diesem Augenblick wandten, die tobende Entrüstung der „Noten- Röhne“ hervorgerufen. In einem zwei Spalten langen Artikel überhäuft sie uns mit allen jenen Verleumdungen und Schmäh- ungen, die sie tagein, tagaus gegen uns richtet und die anseh- end den einzigen Daseinszweck des kommunistischen Revolver- blattes bilden.“

Wir lehnen es ab, auf das Niveau der „Noten Röhne“ herabzuweisen und ihre handgreiflichen Lügen und Entset- zungen noch einmal zu wiederlegen. Die politischen Ar- beiterräte könnten erst im Prozeß der revolutionären Aktion eine Bedeutung gewinnen. Im gegenwärtigen Stadium jedoch würde die Wahl politischer Arbeiterräte lediglich zur Kräfteüberhebung, zur Zerstückelung und zu unfruchtbaren inneren Auseinandersetzungen und Kämpfen in der Arbeiter- klasse führen.

Für die Kommunisten allerdings sind diese inneren Kämpfe das Ziel an sich. Sie brauchen den fraktionellen Haß und die Selbstzerfleischung des Proletariats. Sie dürften nach einem Wirkungsbereich, wo sie mit revolutionär klingenden Phra- sen ihre Unfähigkeit zur praktischen revolutionären Arbeit ver- hüllen können.

Der Bolschewistenführer Radek gegen den Unabhängigen Breitscheid

Die Berliner „Noten Röhne“ bringt einen Artikel von Karl Radek, der sich in der schärfsten Weise gegen den von Hilfer- ding und Breitscheid geführten rechten Flügel der Unabhängigen wendet. Radek geht bei seinem Angriff von einem Artikel der „Freiheit“ aus, den er als das Musterbild der politischen Charakterlosigkeit bezeichnet, weil Breitscheid darin sich hinter die Neutralitätspolitik des Ministers Dr. Si- moni stellt und dem Minister selbst für seine ehrliche Arbeit, neutral zu bleiben, das volle Vertrauen ausgesprochen habe. Der rechte Flügel der Unabhängigen wolle die deutsche Arbeiter- schaft einschleifen und sie von jeder selbständigen Aktion fern- halten. Den Reuten wie Breitscheid sei das Herz in die Hose gefallen, weil sie fürchteten ein bewaffneter Widerstand gegen die Verletzung der deutschen Neutralität könnte einen neuen Konflikt zwischen Deutschland auf der einen und Frankreich und England auf der anderen Seite im Gefolge haben. Der rechte Flügel der Unabhängigen handele hier genau wieder so wie bei den Friedensverhandlungen in Versailles, wo den Agenten der Entente gesagt worden sei, sie hätten nichts zu befürchten, denn Deutschland werde und könne nicht kämpfen.

Die „Noten Röhne“ knüpft an diesen Artikel Radeks eine Betrachtung an, indem sie ebenfalls die Unabhängigen hart angreift, weil diese die deutschen Arbeiter vor Provokationen gegen Frankreich warnen und zu passivem Widerstand gegen Somjeruhland auffordern. Die unabhängigen Arbeiter wür- den ihre eigenen Aktionen, ihren Willen verleugnen, wenn sie nicht schleunigst mit diesem Herd der Fäulnis auf- räumen.

Badische Politik

Abzuschlagszahlung der Eisenbahnbeamten auf die neue Reichsbevollzugsordnung

Eine Abordnung des deutschen Eisenbahnverbandes war gestern bei der Zweigstelle Baden des Reichsverkehrsministeriums und bei der Generaldirektion wegen einer Abschlagszahlung auf die den Beamten zustehenden Mehrbeträge auf die neue Reichs- bevollzugsordnung vorstellig. Es wurde von den Vertretern die- ser Organisation die außerordentliche Notlage der gesamten

Eisenbahnbeamtenhaft hervorgehoben, die noch dadurch ver- schärft werde, daß das Reichsverkehrsministerium in Berlin die Bezahlung eines Vorschusses auf Anschaffung der Winterun- terziele usw. wie dies seit 1914 von dem badischen Finanzmini- stium allen Eisenbahnbediensteten zugestanden war, verweigert hat. — Sowohl die Generaldirektion als auch die hiesige Zweig- stelle des Reichsverkehrsministeriums waren der Auffassung, daß sobald als möglich eine Abschlagszahlung notwendig sei.

Von der Brennholzversorgung

Unter Bezugnahme auf eine von uns in der Nr. 177 vom 2. August gebrachten Zuschrift einer Holzhandlung und Brenn- sägemerk in Oberkirch wird uns von der Landesbrennholz- stelle geschrieben: Die Landesbrennholzstelle ist nicht, wie dem Kritiker wohl hinreichend bekannt sein dürfte eine lap- talistisch interessierte Stelle, sondern eine staatliche Behörde. Das Sägebrennholz muß bei dem allgemein bekannten Brenn- holzmangel für die Verwendung in Baden vorbehalten bleiben. Die Landesbrennholzstelle beauftragt jedoch, getrieben wie kein Strohholz, lediglich den Verkehr des Abfallholzes, so- wie eine allgemeine Erfassung des selben nicht möglich ist. Die Sägemerke können also im Allgemeinen das Sägebrennholz frei- verlaufen. Jedoch darf der Preis die amtlich festgesetzten Höchst- preise nicht überschreiten. Auch behält sich die Landesbrennholz- stelle unter Beobachtung der Vorschriften über den Verkehr mit Brennholz die Abstemplung der Frachtbriefe vor. Bei Vorliegen dringenden dringlichen Bedarfs erfährt sie von Fall zu Fall Säge- abfallholzes Zweckmäßigkeit an Ortslokalitäten, gewisse In- dustriegebiete und Handelsbetriebe, sowie an Verbrauchergrup- pen, beifällige Arbeiterverbände.

Jedermann dürfte bekannt sein, daß sich das Sägebrenn- holz in erster Linie nur zur Verwendung als Anfeuerholz eig- net. Eine Zuweisung woggonweise an einzelne Verbraucher ist deshalb nicht möglich. Der Handel setzt das Holz am ge- wöhnlichsten in Kleinabgabe an die große Menge der Ver- braucher ab. Holzhandlungen, namentlich in den großen Ver- brauchsorten, erhalten auf Verlangen jeweils von uns namhaft ge- macht. Die Handlungen haben das Abfallholz zu einem die am- lichen Handelshöchstpreise nicht übersteigenden Preis abzugeben. Die an die Defektheit sich wendende Firma hätte sich billiger- weise zu ihrer Orientierung bei der Landesbrennholzstelle über die übliche Behandlung des Abfallholzes erkundigen können.

Sur Frage der Maßnahme und Mißbräuche. Ähnlich wird mitgeteilt: In einer Sitzung des Ausschusses des Badischen Müllerbundes, bei der die Regierung vertreten war, wurde auf der in der Offenburger Generalversammlung des Müllerbundes am 11. Juni gefassten Resolution bestanden, jedoch ausdrücklich erklärt, daß dieselbe kein Ultimatum darstelle. Es bestand Einigkeit darüber, daß bis auf weiteres die geltenden Vorschrif- ten eingehalten werden müssen. Die Regierung erklärte sich bereit, über die Bünde des Müllerbundes mit der Reichsbetriebs- stelle alsbald in Verhandlungen einzutreten. Es wird bereits am Montag im Beisein von Vertretern des Müllerbundes und dessen Unterverbänden, sowie von Vertretern der landwirtschaft- lichen Organisationen eine Aussprache mit in Karlsruhe anwe- sende Vertretern der Reichsbetriebsstelle stattfinden.

Aus der Partei

Die württembergische Sozialdemokratie und die Kommunisten

Die württembergischen Kommunisten haben durch ein Schreiben an den sozialdemokratischen Landesvorstand ver- lüchert, unsere Partei für die neuesten kommunistischen Quertreibereien, für die Bildung von politischen Reichsräten zu gewinnen und zu mißbrauchen. Die Herren haben prompt folgende Abgabe erhalten:

An den Landesausch der kommunistischen Partei Württem- berg. Stuttgart, Kottstraße 34.

Werte Genossen!
In Beantwortung der heute früh bei uns eingegangenen Zuschrift teilen wir mit, daß wir jederzeit zu Verhandlungen über Fragen, die die Arbeiterschaft und ihre Zukunft betreffen, bereit sind.

Um mißverständlichen Auffassungen vorzubeugen, erklären wir aber heute schon, daß wir taktische Maßnahmen, die auf die Errichtung einer Diktatur abzielen, grundsätzlich nicht unter- stützen können.

Mit sozialdemokratischem Gruß!
Otto Steinmayer.

Daraufhin hat der Vorstand des Stuttgarter Ortsver- eins des Metallarbeiterverbandes sich an unsere Partei mit einem Schreiben gewandt, in dem es u. a. heißt:
Der Vorstand des D. M. V. (Deutscher Metallarbeiterver- band), Verwaltungsstelle Stuttgart und Umgebung hat sich in

Aber einer im Kirchchen Hause war dennoch mit ihm wach gewesen. Hans Kirch hatte schon vor dem Morgen- grauen aufrecht in seinem Bett gelegen; mit jedem Schlage der Turmuhr hatte er schärfer hingehört, ob nicht ein erstes Regen in dem Oberhause hörbar werde. Nach langem Warten war ihm gewesen, als würde dort ein Fensterflügel aufgestoßen; aber es war wieder still geworden und die Minuten dehnten sich und wollten nicht vorüber. Sie gin- gen dennoch; und endlich vernahm er das leise Knarren einer Tür, es kam die Treppe in den Flur hinab, und jetzt — er hörte es deutlich, wie sich der Schlüssel in dem Schloß der Haustür drehte. Er wollte aufspringen; aber nein, er wollte es ja nicht; mit aufgeregtem Herzen blieb er sitzen, während nun draußen auf der Straße kräftige Mannestritte laut wurden und allmählich in unhörbare Ferne sich ver- loren.

Als das übrige Haus allmählich in Bewegung kam, stand er auf und setzte sich zu seinem Frühstück, das ihm, wie jeden Morgen, im Kontor bereitgestellt war. Dann griff er nach seinem Güte — einen Stod hatte er als alter Schiffer bis jetzt noch nicht gebraucht — und ging, ohne seine Gaus- genossen gesehen zu haben, an den Hafen hinab, wo er seinen Schwiegerjohn bereits mit der Leitung des Köchens beschäf- tigt fand. Diesem von den letzten Vorgängen etwas mitzu- teilen, schien er nicht für nötig zu befinden; aber er fandte ihn nach dem Kohlenschuppen und gab ihm Aufträge in die Stadt, während er selber hier am Plate blieb. Wortfarg und zornig erteilte er seine Befehle; es hielt schwer, ihm heute etwas recht zu machen, und wer ihn antrach, erhielt meist keine Antwort; aber es geschah auch bald nicht mehr, man konnte ihn ja schon.

Kurz vor Mittag war er wieder in seinem Zimmer. Wie aus unwillkürlichem Antrieb hatte er hinter sich die Tür verschlossen; aber er sah kaum in seinem Lehnstuhl, als von draußen Frau Linas Stimme dringend Einlaß begehrte. Unwirsch stand er auf und öffnete. „Was willst du?“ frug er, als die Tochter zu ihm eingetreten war.
„Schelte mich nicht, Vater.“ sagte sie bittend: „aber Heinz ist fort, auch sein Gepäck; o, er kommt niemals wieder!“

Er wandte den Kopf zur Seite: „Ich weiß das, Nina; darum hältst du dir die Augen nicht dick zu weinen trauen.“

„Du weißt es, Vater?“ wiederholte sie und sah ihn wie versteinert an.

Hans Kirch fuhr zornig auf: „Was steht du noch? Die Komödie ist vorbei; wir haben gestern miteinander abge- rednet.“

Aber Frau Nina schüttelte nur ernst den Kopf. „Das fand ich oben auf seiner Kammer.“ sagte sie und reichte ihm das Kubert mit den kurzen Abschiedsworten und dem nur kaum verfürzten Inhalt. „O Vater, er war es doch! Er ist es doch gewesen!“

Hans Kirch nahm es; er las auch, was dort geschrieben stand; er wollte ruhig bleiben, aber seine Hände zitterten, daß aus der offenen Hülle die Scheine auf den Fußboden hinfielen.

Als er sie eben mit Linas Hilfe wieder zusammengefaßt hatte, wurde an die Tür gepöcht und, ohne die Aufforderung dazu abzuwarten, war eine blasse Frau hereingetreten, deren erregte Augen ängstlich von dem Vater zu der Tochter flohen.

„Wie!“ rief Frau Nina und trat einen Schritt zurück. Wie nach Atem. „Verzeihung!“ murmelte sie. „Ich mußte; Ihr Heinz ist fort; Sie wissen es vielleicht nicht; aber der Fuhrmann sagte es, er wird nicht wieder- kommen, niemals!“

„Was geht das dich an?“ fiel ihr Hans Kirch ins Wort. Ein Laut des Schmerzes floß ihr aus der Brust, daß Linas Augen unwillkürlich voll Mitleid auf diesem einst so holden Anfsi ruhten. Aber Wies hatte dadurch wieder Mut gewonnen. „Hören Sie mich!“ rief sie. „Aus Varm- herzigkeit mit Ihrem eigenen Kinde! Sie meinen, er sei es nicht gewesen; aber ich weiß es, daß es niemand anders war! Das.“ und sie zog die Schür mit dem kleinen Ringe aus ihrer Tasche, „es ist ja einerlei nun, ob ich sage — das gab ich ihm, da wir noch halbe Kinder waren; denn ich wollte, daß er mich nicht vergesse! Er hat's auch wieder heimge- bracht und hat es gestern vor meinen Augen in den Staub geworfen“

(Fortsetzung folgt.)

seiner letzten...
sichend beja...

die schenker...
gan sein fö...
Nachdem...
der Schaffung...
nis durchgeb...
Beispiels...
schaft, We...
die Wahl der...
den Arbeiter...
hätte gegen...
zu einer for...
1920, nachm...
straße 33, ein...
Unsere E...
Sozialdemokr...
kommunisti...
Vorstand der...
nordischen...
sozialdemokr...
Wir erzie...
der in diese...
einen von...
Arbeitersch...
zu erlassen...
Weiterb...
nizationen ein...
Mite selbst a...
verpflichtet...
Genossen...
bung zur So...
des Proletari...
auch immer a...
Oktoberr...

Die sofi...
sautete:

Deutschen...
Berte G...
schreibt vom 1...
daß uns die...
zu dieser Zeit...
ein Nachmitt...
partei Korsta...
letzte Statist...
Es wäre...
jung nicht m...
politischen...
schreiben a...
Reichsrates...
Die Grün...
amen Zudri...
in Württemb...
Arbeiterrates...
allen Aktion...

Dem kan...
stische Partei...
gloste Parte...
sollen Grün...
Arbeiterebewe...
Mittglieder...
land, durch d...
jen würde...

Auch wir...
ner, und au...
Rolle, der M...
von verschied...
seit heute dar...
lerung der de...
Arbeiterschaft...
wir besten W...
befahren auf...
führt werden...
Nach den...
Wochen ins...
den von Hne...
des herborge...
Der einzi...
einmal best...
beiterbewegun...
der bestehend...
wir, wie scho...
Partei herbor...

In der G...
erammlung...
die Hoffnung...
Verständigung...
Seitdem...
zur Verjüngun...
und wieder...
And nun...
Gedanke der...
Erbarmer...
Hans Kirch...
Friedrich...
das Gend...
stelle vor ein...
Dungerloade...
nen Augen...
zur Schweden...
und Amerikan...
wollen an Ele...
Hnen haben ni...
„Beruhige...
Mitleid ein...
„Inferno“ ein...
hofft nicht hin...
lang. Eaugli...
aufgegeben...
In großen Ge...
ranken Dreiß...
zwohe, matte...
sammen rachi...
den sind, und...
die gedunnen...
die Heben...
bis...
Von 47...
haben nur j...
den oder Ur...
die Kinder ihr...
denken. Akt...
dat nur ein...
kommen. Sie...
son ja auch...
mett, verblöde...

seiner letzten Ortsverwaltung mit all diesen Fragen einigend befaßt und einmütig erklart, daß nur die politischen Räte,

die schnellstens gewählt und zusammenzutreten müssen, dieses Organ sein können.

Nachdem weiter bekannt ist, daß neben der Notwendigkeit der Schaffung dieses Organs, in der Arbeiterstadt die Erkenntnis durchgedrungen ist, zur Wahl der Räte zu schreiten, wie ein Beschluß der Betriebsversammlung der Daimler-Motoren-Gesellschaft, West-Untertürkheim, bezeugt, bei nur 3 Arbeiter gegen die Wahl der politischen Räte stimmten, bei circa 7000 anwesenden Arbeitern (Saal, früheres Rationalabermahlungsmitglied hatte gegen die Wahl gesprochen), haben wir als Gewerkschaft zu einer kombinierten Sitzung am Samstag, den 21. August 1920, nachmittags 2 Uhr, ins Metallarbeiterheim, Kankelstraße 83, ein.

Unsere Einladungen ergaben an die Landesverbände der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Partei und der Kommunistischen Partei (Spartakusbund) Württembergs, an den Vorstand der Vereinigten Gewerkschaften, der Afa und den provisorischen Vollzugsrat der Betriebsräte Württembergs und Hohenzollerns.

Wir eruchten die genannten Organisationen, je 3 Mitglieder in diese Sitzung zu entsenden, die beauftragt sein sollten: einen von den Organisationen unterzeichneten Aufruf an die Arbeiterstadt Württembergs zur Wahl politischer Arbeiterräte zu erlassen.

Weiterhin sollte die kombinierte Sitzung der Arbeiterorganisationen eine allgemeine Norm für die Wahl der politischen Räte selbst aufstellen, die mit dem Aufruf zur Wahl der Räte veröffentlicht würde.

Genossen! Die Zeit ist ernst! Folgen Sie unserer Einladung zur Schaffung des Instrumentes einheitlichen Kampfes der Proletariats gegen alle Pläne der Reaktion, wie und wo sie auch immer auftreten. Mit sozialistischem Gruß!

Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, J. A.: Erich Reicher.

Die sofort erteilte Antwort des Landesvorstandes lautet:

Stuttgart, 19. August 1920.

An den Deutschen Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Stuttgart. Werte Genossen! Wir bedauern den Empfang Ihres Zuspruchs vom 18. d. M. und teilen in Erwiderung derselben mit, daß uns die Beteiligung an der von Ihnen angebotenen Sitzung zu dieser Zeit nicht möglich ist, weil zur selben Stunde an diesem Nachmittag eine weit längerer Zeit vorgegebene Sitzung unseres Vorstandes mit wichtigen Körperlichkeiten unserer Landespartei stattfindet.

Es wäre uns aber auch bei einer Teilnahme an dieser Sitzung nicht möglich, der von Ihnen vorgesehene Bildung eines „politischen Arbeiterrates“ zuzustimmen und einen Aufruf mit anzuschreiben zu können, der zur Wahl eines solchen „politischen Arbeiterrates“ in Württemberg anfordert.

Die Gründe dafür sind: Nach einer uns gestern zugegangenen Zuschrift des Landesauschusses der Kommunistischen Partei Württemberg hat jede an der Gründung dieses politischen Arbeiterrates beteiligte politische Partei die Pflicht, sich bei allen Aktionen den Beschlüssen des Arbeiterrates unterzuordnen.

Dem kann keine auf ihre Selbständigkeit Wert legende politische Partei zustimmen, weil eine solche Unterordnung einer strikten Bankrotterklärung gleichkäme. Oder es würde mit einer solchen Gründung zu den bestehenden Parteien innerhalb der Arbeiterbewegung noch eine weitere Instanz geschaffen, deren Mitglieder erst durch die Parteien zu instruieren wären; ein Zustand, durch den nur noch weitere politische Verwirrung geschaffen würde.

Auch wir sind uns der Gefahren bewußt, die heute aus inner- und außerpolitischen Verhältnissen heraus dem deutschen Volke, der Republik und besonders der deutschen Arbeiterklasse von verschiedenen Seiten drohen. Wir sind uns auch nicht erst seit heute darüber klar, daß durch die tief behauerliche Verpfändung der deutschen Arbeiterbewegung diese Gefahren für die Arbeiterklasse ganz erheblich erhöht wurden. Nur können wir beim besten Willen nicht einsehen, wie eine Verminderung dieser Gefahren auf dem von Ihnen vorgeschlagenen Wege herbeigeführt werden könnte.

Nach den gemachten Erfahrungen auf diesem Gebiete würden Wochen ins Land gehen, bis dieser „politische Arbeiterrat“ aus den von Ihnen vorgesehene Wahlen in den Betrieben des Landes hervorgehen und in Funktion treten könnte.

Der einzig mögliche Weg unter Berücksichtigung der nun einmal bestehenden Verhältnisse innerhalb der politischen Arbeiterbewegung wäre der Zusammentritt der Landesverbände der bestehenden Arbeiterparteien von Fall zu Fall, zu dem auch wir, wie schon in unserem Schreiben an die Kommunistische Partei hervorgehoben wurde, bereit sind. Mit sozialdem. Gruß! Otto Steinmayer.

In einer Sitzung der Vertrauensmänner unserer Partei im Daimler-Betrieb ist der Standpunkt des Landesvorstandes mit dem Erfolg vertreten worden, daß die Vertrauensmänner einstimmig die Haltung des Landesvorstandes billigten. In einer Versammlung der unabhängigen Vertrauensmänner dagegen ist es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen; die Führer der Stuttgarter Organisation trafen den kommunistischen Vorschlag lebhaft entgegen, mußten aber erleben, daß der größere Teil ihrer Parteigenossen den kommunistischen Vorschlag zustimmten.

Wir begrüßen es, daß der württembergische Landesvorstand den Kommunisten klar und energisch eine Absage erteilt hat. Der im Schreiben des Landesvorstandes zum Ausdruck gebrachte Standpunkt ist auch der unsere.

Eine große Schenkung Scheidemanns

Genosse Scheidemann schreibt dem „Vorwärts“: In deutschen Provinzialblättern wird neuerdings mitgeteilt, daß ich in der Schweiz nicht nur ein großes Gut besitze, sondern daß mir auch in der Schweiz 28 Millionen Franken beschlagnahmt worden seien. Die Nachricht soll unbedingt richtig sein, denn sie stammt von einem Schweizer Ingenieur, der durchaus vertrauenswürdig sei und der seine Angaben dem Ortsvorstand von Aue in der Schweiz verdanke. Ich identifie hiermit die mir in der Schweiz beschlagnahmten 28 Millionen Franken dem deutschen nationalen Wirtshausen. Damit er möglichst schnell nach Zürich reiten kann, sende ich ihm auch die beiden Pferde, die ich jüngst nach den Mitteilungen deutschnationaler Blätter irgendwo gekauft haben soll. Das mir in der Schweiz gehörige Gut vermachte ich der Deutschnationalen Partei mit der Empfehlung, dort eine Kautionskassensatzung für übergezeichnete konterbattive Journalisten einzurichten.

5. Söllingen, 19. Aug. Einen genutzreichen Abend bot letzten Mittwoch der hiesige Bildungsausschuss unserer Partei. Durch Bemühung des Gen. Aud. Dörfler und einiger freundlicher Gönner hatte sich das geb. Mann partei rühmlichst bekannte „Söllingische Sängerkwartett“ aus Pforzheim zur Verfügung gestellt. Was diese Sänger boten, war hervorragend. Der verdienstlichste Kunstler war bei diesen Darbietungen auf seine Rechnung. Sämtlichelieder wurden mit äußerster Präzision vorgetragen. Wie wohlthuend wirkten diese Vorträge auf Herz und Gemüt, im Gegensatz zu oft anderen Veranstaltungen, wo man sich oft kaum Gehör verschaffen kann. Atemlose Stille auch bei heiteren Stunden und feierlicher Ernst herrschte bei sämtlichen Darbietungen. Es war ein glücklicher Gedanke unserer Leitung, diese, wie wir wissen nicht von materiellen Gründen getriebenen Künstlerdar, für einen Abend hier zu gewinnen. Auch die Sänger des „Liebestrang“ gaben nach Weggang der Pforzheimer Herzen noch einige Lieder zum Besten, die auch sehr gut gefielen und dankbar aufgenommen wurden. Allen Mitwirkenden, hauptsächlich den Pforzheimer Sängern, sowie den Leitern des Bildungsausschusses sei für ihre Mithilfeung bestens gedankt.

Gewerkschaftliches

Die Landwirtschaftskammer als Arbeitgeberin

Vom Zentralverband der Handlungsgehilfen wird uns geschrieben: Ein öffentlich rechtliches Unternehmen, welches dabei teilweise noch von den Steuergrößen der arbeitenden Bevölkerung finanziert wird, gibt Veranlassung, die Arbeitsverhältnisse desselben der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Um es kurz zu sagen, die Badische Landwirtschaftskammer, welche etwa 140 auf Privatvertrag Angestellte beschäftigt, bringt es fertig, diesen Angestellten eine Besoldungsordnung aufzuzwingen zu wollen, ohne überhaupt die gewerkschaftliche Vertretung der Betroffenen in irgend einer Weise zu hören. Aber wir vergessen, daß bei der Aufstellung der Besoldungsordnung ein „Betriebsrat“ mitgewirkt hat, der aus Persönlichkeiten besteht, die gleichzeitig in Versammlungen von Arbeitgebern die Landwirtschaftskammer zu vertreten hatten. Aber wir brauchen über diesen Betriebsrat ja nicht mehr viele Worte zu verlieren, denn er hat ja Gott sei Dank die Konsequenzen aus dem Mißtrauen gezogen, das ihm seitens der Angestellten der Landwirtschaftskammer öffentlich ausgesprochen wurde.

Die Landwirtschaftskammer also, die sich den Luxus erlauben kann, juristische Weisheiten und weitere gelebte Persönlichkeiten zu beschäftigen, bringt es fertig, den Rechtsbegriff durchzuführen, daß sie es ablehnt, einen Tarifvertrag durchzuführen, deren Mitkontrahent sie ist; aber selbst dies ist nicht die einzige Großtat auf dem sozialen Gebiet — die Grobstaten auf anderen Gebieten, die die Landwirtschaftskammer vollbringt, werden ja in Parlamenten und des öfteren deutlich beleuchtet —, sondern dieses angeblich öffentlich rechtliche Un-

ternehmen, in einem gewissen Zusammenhang „Gemeinnützige Unternehmen“, bringt es fertig, fortlaufend Kündigungen gegen Angestellte auszusprechen, die dadurch der größten wirtschaftlichen Not ausgesetzt werden, während andere Verantwortlichen eine feste Futtergrube in den Büros des genannten Unternehmens finden. Immerhin kann mit einer gewissen Betriedigung festgestellt werden, daß endlich die vorstehend geschilderten Verhältnisse auch auf der Landwirtschaftskammer ihre Ende herannahen sehen, denn die Angestelltenvereine haben es sich zur Aufgabe gemacht, in den Personalverhältnissen der Landwirtschaftskammer eine neue Atmosphäre zu schaffen. Goffen wir, daß damit verbunden, bald auch eine Klarstellung der geschäftlichen Bedahren der Landwirtschaftskammer und insbesondere der von ihr beschäftigten Beamten herbeigeführt wird, damit man nicht immer sagen muß, „nun ja, es ist eben die badische Landwirtschaftskammer“, sondern das Unternehmen endlich seinen wirklichen Zweck erfährt, der darin liegt, die Entwicklung der Badischen Landwirtschaft zu fördern, und dabei nicht zu vergessen, daß ein gemeinnütziges Unternehmen auch in den Personalfragen soziales Verständnis und Empfinden beweisen muß. J. A.

Die Hamburger Metallarbeiter sagen die U.S.A. Leitung ab

Nach einer Meldung aus Hamburg wurde die bisherige Ortsverwaltung des dortigen Metallarbeiterverbandes durch eine mit großer Mehrheit angenommene Resolution, die ihr den schärfsten Tadel aussprach und feststellte, daß die Ortsverwaltung gegen Bestimmungen des Verbandstags gehandelt habe, zum Rücktritt gezwungen. Die bisherige Ortsverwaltung bestand bis auf den Kaiser aus Mitgliedern der unabhängigen Partei und hat sich vor kaum einem halben Jahre durch ein sehr zweifelhaftes Wahlmandat auf die Plätze der verstorbenen „Vogel“ geschwungen. Gewerkschaftliche Taktik muß eben auch gelernt sein. — In Rürnberg ist den Unabhängigen dasselbe Schicksal schon vor einigen Wochen widerfahren.

Die A.A.R.-Streikführer

In den Leuna-Werken bei Merseburg ging kürzlich ein 14tägiger Streik zu Ende, der infolge Lohnminderungen ausgebrochen war und zu einem Mißerfolg für die Streikenden führte. Ein Parteigenosse von Merseburg schildert uns nun über den Streik und dessen „Führer“ folgende Schilderung, die sehr viel zum Nachdenken enthält:

Heute ist nach 14tägigem Streik die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Direktion will erst in Verhandlungen treten, wenn jeder einzelne Betrieb wieder befehligt ist. Eine Lohnminderung von 50 Pfg. pro Stunde, also nicht ganz 10 Proz, will sie bewilligen. So geht es, wenn eine zerstückelte Arbeiterklasse deren Führer revolutionäres Kapitalium treiben, undiszipliniert sich selbst überlassen bleibt. Man muß diese neudeutschen Junglinge gehen lassen: alle tragen Schillertragen, das Haar nach hinten gekämmt, stets die „Note Fahne“ in der Hand oder im Brusttasche. Und dann auf der Rednertribüne! Einseitige Männer, sogar der unabhängige Betriebsrat, haben gewarnt. Vergebens. Die hat man verräter und Mummelgredse geheißen. Nun laufen die, so uns mit 50 Proz. Lohnminderung beglücken wollten, selbst wie Mummelgredse herum, zuden die Äpfeln, verprügeln uns auf die bessere Konjunktur in der chemischen Industrie und auf Ziele, die auf dem Monde lagern. Notstandsarbeiten sind immer noch verrichtet worden und somit hat die U.S.G. am ganzen Streike noch verdient. Die Vertrauensleute unseres Betriebes zeigten an, wer arbeiten soll; da kamen auf die Verheirateten 4 Tage, auf die Ledigen 3 Tage pro Woche in dreiteiliger Schicht. Diese Woche bin ich nun 2 Jahre hier, fenne alle Einzelheiten des Betriebes, so daß ich oft, wenn der Schichtmeister aus irgend einem Grunde ferngeblieben war, dessen Stelle einnehmen konnte. Die Vertrauensmänner unseres Betriebes gehören der A.A.R. an, sind junge Männer, mickhartbetriebl, im gewerkschaftlich-politischen Wesen unbewandert. Aber das Stagnum: „Diktator des Proletariats“ führen sie im Munde und rollen die Augen dabei, kommen die Hände in die Hüften, und wehe dem, der zu miderpreden mag! Ich freue mich stets über den Reichtum der Begeisterung der Jugend. Würde die Begeisterung in richtige Bahnen gelenkt, wir könnten freudig in die Zukunft blicken. Aber leider ist es nicht so.

Aus dem Lande

Ettlingen

Versammlung mit Vortrag. Am kommenden Freitag, den 27. August, abends 8 Uhr, veranstaltet der Sozialdemokratische Wahlverein in der „Krone“ eine Mitgliederversammlung. In derselben wird Gen. Redakteur Schöpflin-Karlruhe, R. d. N., einen Vortrag halten über: „Genf oder Moskau“. In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Themas ist dringend notwendig, daß unsere Mitglieder vollständig und pünktlich erscheinen. Auch Volksgenossen und Freunde unserer Partei

Kleines feuilleton

Geistesblitze eines Unabhängigen. In der sozialdemokratischen „Mittl. Post“ gibt ein durchgefallener Sozialdemokrat einige ergötzliche Bemerkungen seines unabhängigen Mitbewerbers um die Stimmen der Genossen zum Besten. Er schreibt: „Es war ein Vergnügen ihm zuzuhören. Vor allen Dingen gefiel mir seine blumige Mederese. Wie wunderschön lang es, wenn er sagte: „Das Kapital wird niemals seine Knochen dazu hergeben, daß wir Honig daraus saugen!“ Wie überzeugend war seine Behauptung: „Wenn wir die Revolution nicht gehabt hätten, wären wir dieselben Duffels geblieben, die wir früher waren und die wir leider auch heute noch sind!“ und welche tiefe Regit flackte in seiner Aussprache: „Durch eine Reform kann nicht das geringste verbessert werden!“ Den Vogel schloß er ad mit folgendem tiefgründigen, von gründlicher Gedächtniskenntnis zeugenden Satz: „Wenn der Referent meint, daß uns der neue Reichstag das Paradies bringen wird, so erinnere ich ihn an das Wort des alten griechischen Philosophen Sokrates, der schon 400 Jahre vor Christus mit Recht gesagt hat, daß uns der Deutsche Reichstag nie und nimmer etwas Gutes bringen kann.“

Wie lange dauern Kriegsteuerungen? Wenn es wirklich wahr ist, daß die Preise endgültig fallen, so würde dies die schnellste Erholung nach einem ersten modernen Krieg bedeuten, die bisher beobachtet worden ist.“ So äußert sich die „Dailly News“ zu der interessanten Frage nach der Dauer der Kriegsteuerungen. Die Preissteigerungen, die im Gefolge der napoleonischen Kriege auftraten, dauerten noch etwa 8 Jahre nach der Schlacht von Waterloo an, und auch dann wurde nicht mehr als das Niveau der früheren Zeiten erreicht. Der Krimkrieg hat die allgemeinen Preise nicht in demselben Maße beeinflusst. Aber der deutsch-französische Krieg rief wieder eine allgemeine Weltenerung hervor, und diese hat wenigstens 5-6 Jahre angehalten, bevor wieder normale Zeiten eintraten. Heutzutage hat die diesmalige Steuerung nicht erst mit dem Kriege begonnen. Die Kosten der Lebenshaltung stiegen seit 1900 an, und als der Krieg ausbrach, hatte das Pfund von 1899 nur noch den Wert von 16 Schilling 1 Pence. Was im übrigen die Frage betrifft, wer das Wettrennen zwischen Preisen und Löhnen angefangen hat, so kann nicht der geringste Zweifel darüber sein, daß die Preise angefangen haben. Denn die offiziellen Preisübersichten beweisen, daß bereits vier Tage nach dem Ausbruch des Krieges die Preise um 15 Prozent gestiegen waren, während die Erhöhung der Löhne erst mit einem viel späteren Datum begann.

Brücken

Von Anna Bloss.

In der schönen Rede, die der erste Präsident der Nationalversammlung, Dr. Dautz, am Eröffnungstage hielt, sprach er die Hoffnung aus, daß Brücken gebaut würden, Brücken der Verständigung, die wieder Mensch zu Mensch führen sollten. Seitdem haben wir Deutsche vergeblich versucht, die Hand zur Verbindung zu bieten. Sie wurde zurückgewiesen. Wieder und wieder wurden unsere Hoffnungen zerstört. Und nun beginnt man doch Brücken zu bauen. Der Gedanke der Völkerverständigung wird lebendig, weil fremde Völker Erkennen haben mit dem furchtbaren Schicksal der deutschen Kinder.

Friedrich S. Schulte, der schon während des Krieges auf dem Elend der hungernden deutschen Kinder hingewiesen hat, stellte vor einem Jahr in einer Broschüre die Wirkungen der Hungererlöbade auf die deutschen Kinder dar. Um sich mit eigenen Augen von dieser Not zu überzeugen, kamen dann nicht nur Schweden, Dänen, Schweizer, es kamen auch Engländer und Amerikaner, und was sie in den Hospitälern, in den Familien an Elend sahen, das erschütterte sie tief, denn viele von ihnen sahen nicht nur mit den Augen, sie sahen mit den Herzen. „Hungererlöbade“ nicht „Hungererlöbade“ haben sie, berichtet das Mitglied einer amerikanischen Kommission, die im „Intern“ eines Volkes, im Erzgebirge war. „Ein deutsches Volk sitzt hin ohne Nahrung, in der Apalthe tiefer Verzweiflung. Säuglinge werden mit schwarzer Masse und Pfefferreis aufgezogen. Einjährige wagen weniger als bei ihrer Geburt. In großen Gemeinden waren 90 Prozent aller Kinder rachitisch, konnten Dreijährige erst gehen.“ Wichtige Geschichten, in denen große, matte Augen schimmern, übertrumpft von mächtig ausgeprägten rachitischen Stützen. Armerden, die Haut und Knochen sind, und über den krummen, gelenkverquollenen Beinen, die gebunnenen Spindeln der Hungererlöbade, so haben die bis neunjährigen Kinder in einer Volksschule aus.

Von 47 Kindern haben 12 überhaupt nicht geschrieen. 13 haben nur schwachen Klaffersack gehabt, alle anderen hatten Schwächen oder Aufguss aus Kräutern gestrichelt, die Kränker, denen die Kinder ihre Nahrung, die Erwachsenen ihr Hungererlöbade verweigern. Acht Kinder haben keine Geben, mehr als die Hälfte hat nur ein einziges Gebd. 14 Kinder sind überhaupt nicht gekommen. Sie liegen zu Hause nach auf Stroh. Die Kommission sah auch diese; von Säufen und Kräfte getrieben, verkümmert, verblödet, begehrten sie dem Tode entgegen.

Nicht ganz so traurig, aber doch auch erschütternde Berichte kommen aus andern Gegenden Deutschlands. Die Unterernährung hat schwere Krankheiten verursacht, besonders Nahrung und Tuberkulose. Die Geburtenzahl geht erheblich zurück. Die Mütter, die den Kleinen das Beste geben, was sie haben, und selbst hungern, unterliegen. Mit jedem Jahre bekommen die Kinder keine Milch mehr. Außer dem fast ungenießbaren Kaffeeatz mit Kriegsdrot dazu, morgens und abends, bekommen sie mittags eine Suppe mit Gemüße, Graupen, Kartoffeln. Säuglinge sind in Lappen und Fetten gemischt, häufig auch in Papier. Die Kriegszeit ist so hart und hart, daß sie die Wäpde verdirbt und bei den Kindern schweren Ausschlag verursacht.

Friedrich Sigmund Schulte hat die Verichte, dann die Aufgaben in einer neuen Broschüre „Nothilfe des Auslands für Deutschland“, zusammenge stellt. Als Leiter der Deutschen Wohlfahrtsstelle berichtet er auch von der Hilfe, die Deutschland für seine Kinder erhält. Das sind vor allem die neutralen Länder. „Was Schwedens Teil, und insbesondere Schwedens Frauen und Kinder, in herzlichem Mitempfinden mit der Not des großen Brudervolkes geleitet haben, übersteigt alles, was bis dahin an gegenseitiger Hilfe in die Tafeln der Friedensgeschichte der Völker eingegraben ist. Daß Schwedens Kinder sich das auch für sie rationierte Brot am Munde absparen, um den deutschen Kindern, die noch schwerer leiden, Wohl schiden zu können, ist wohl ein in der Geschichte einzig dastehender Vorgang. Und daß Schwedens Frauen und Kinder in einer Zeit des Miedermangels Wäpde und Kleider im Werte von ungezählten Millionen den deutschen Frauen und Kindern zum Geschenk machen, wird gleichfalls in Deutschland nicht vergessen werden.“

Die Schweden, so haben auch Norwegen, Finnland, Dänemark, Holland die Hand geboten zu großen Aktionen. Viele hundert deutsche hungernde Kinder fanden Aufnahme in Dorf und Stadt, in Schloß und Kütte.

Aber die Kinder finden nicht nur Aufnahme. Es kommen auch große Sendungen mit Liebesgaben nach Deutschland. Und hier ist es besonders bemerkenswert, daß diese Liebesgaben nicht nur aus den neutralen Ländern kommen. Auch England und Amerika beteiligen sich an dem großen Hilfswerk für Deutschland. Immer neue Sendungen kommen für das notleidende Deutschland von dort, und immer wieder sind es besonders die Kinder, denen dadurch geholfen wird. Große durch Monat dauernde Speisungen werden veranstaltet für die unterernährten Kinder. So lernen die Kinder begreifen, daß in dem großen Nachbar, den ein Teil der Menschheit gegen uns annimmt, doch auch Stimmen der Liebe erklingen.

und freundlich eingeladen. Unsere Genossinnen und Genossen werden erjucht, für zahlreichem Besuch der Versammlung zu agittieren.

Mannheim, 22. Aug. In der Nähe des Bootshaus im Redar wurde hier die vollständig kelleidete Leiche eines bis jetzt noch unbekanntes Mannes im Alter von etwa 38 bis 40 Jahren gefunden. Der Verlebte trug ein Notizbuch bei sich mit dem Namen Heinrich Thielmann, Windmühlstraße 17 Mannheim. Die Todesursache ist noch unbekannt.

Aue bei Durlach, 22. Aug. Am Samstag früh brach in der Scheune der Eheleute Jakob Schneider Feuer aus, das rasch um sich griff. Die mit Heu und Stroh gefüllte Scheune ist vollständig niedergebrannt. Vom Wohnhaus ist der Dachstuhl in Mitleidenschaft gezogen. Die Ursache ist unbekannt, der Schaden dürfte erheblich sein.

Staatspräsident und Rechtsanwalt

Die „Badische Rundschau“ der „Süddeutschen Zeitung“ brachte kürzlich eine Bekanntmachung des Badischen Bauernvereins in dessen Vereinsblatt ab, in der mitgeteilt worden war, daß der Rechtsanwalt Trunk — jetziger Staatspräsident und Justizminister — die Ausübung seiner Praxis nicht abgegeben habe, vielmehr in allen Rechtsangelegenheiten nach wie vor in Anspruch genommen werden könne. — Das deutsch-nationale Blatt wies dieser Bekanntmachung gegenüber mit Recht darauf hin, daß die Ausübung eines Berufs durch den Staatspräsidenten in Widerspruch stände zur badischen Verfassung. Herr Staatspräsident Trunk hat nun an die „Badische Rundschau“ der „Süddeutschen Zeitung“ folgende Zuschrift gerichtet:

Ohne irgend welches Zutun meinerseits, ohne irgend welches Benehmen mit mir, und irgendwelches Wissen meinerseits ist die Ihnen mitgeteilte Bekanntmachung im Vereinsblatt des Bad. Bauernvereins erschienen. Sofort, nachdem ich davon Kenntnis erhielt, habe ich auch an alle Bauernvereinsvorstände der in Frage kommenden Amtsbezirke Ettlingen und Durlach durch ein besonderes Schreiben mitgeteilt, daß die Bekanntmachung im Vereinsblatt des Bauernvereins unzutreffend ist, daß ich während meines Amtes als Minister den Beruf als Rechtsanwalt nicht ausübe, und daß das von mir innegehabte Anwaltsbüro vollständig stillgelegt ist. Ich habe vom Zeitpunkt des Inkrafttretens der badischen Verfassung alle für mich bestehenden anwaltschaftlichen Mandate abgegeben, habe neue nicht mehr übernommen und habe anwaltschaftlicher Berufsausübung mich enthalten, auch in Sachen des Rechtschutzes des badischen Bauernvereins. Mit vorzüglicher Hochachtung

Trunk, Staatspräsident und Justizminister.

Die Schweizer Wehrmänner

Ein kleiner Rest von Schweizer Wehrmännern befindet sich noch immer in den Lagern längs der badischen Grenze. Diese werden noch militärisch gelöhnt, versorgt und verwahrt. Der Gesamtbetrag, der seit Kriegsende durch die militärische Versorgung der Schweizer Wehrleute dem Reich entstanden ist, übersteigt den Betrag von 25 Millionen Mark. Zu diesem Betrag kommen die Summen, die Deutschland bisher für Unterhaltung der Familien der Schweizer Wehrleute in der Schweiz aufgebracht hat. Infolge unserer schlechten Wälu tauchte im Durchschnitt für jede Familie im Jahr 2000 M aufgewendet werden. Der Gesamtbetrag hierfür übersteigt viele Millionen. Mit Ende Juli wurden die Familienunterstützungsauszahlungen eingestellt. In den betroffenen Familien herrscht darüber eine begriffliche Aufregung. Leider muß damit gerechnet werden, daß die Schweiz alle die Familien ausweist, von denen die Schweizer Behörden annehmen, daß sie der öffentlichen Fürsorge anheimfallen werden. Eine ganze Anzahl solcher ausgewiesenen Familien sind schon über Konstanz zurückgekehrt, ebenso über andere Grenzorte.

Blumfelder. Immer wieder findet man im Walde umgeworfene Bißge. Entweder werden sie achlos mit dem Fuße beiseite gestoßen, oder aber es geschieht in der Meinung, eine gute Tat vollbracht zu haben, die aber genau so viel Wert hat, als wenn unverständige Spaziergänger eine nicht nur harmlose, sondern sogar nützliche Kugel abgeben, die ihnen über den Weg läuft, mit dem Stode loszuschlagen. Bißge und Schlangen sind leider für manche Leute der Inbegriff des zu Vermittenden. Die Leser unseres Blattes seien dringend gebeten, sich an diesem Verhängnis nicht zu beteiligen, denn für den Kenner hätten die so wohllos zertrümmerten, häufig ganz zerstreuten Bißge ein gutes, schmackhaftes und nahrhaftes Essen gegeben. Heute heißt es aber Nahrungsmittel sparen und ergötzen. Je mehr wir die eigenen, und in diesem Falle noch dazu bestenfalls Erzeugnisse unseres Landes für unsere Ernährung ausnutzen, je unabhängiger sind wir vom Ausland. Also kein Blumfelder sein.

Dem Preisabbau

Die von der städtischen Preisprüfungsstelle Karlsruhe auf Sonntag mittag in den Rathsaal in Karlsruhe einberufene Konferenz der Vertreter der Gemeinden des Kreises Karlsruhe war gut besucht. Bürgermeister Sauer begrüßte die Erschienenen. An das Referat des Herrn Dr. Müller über die Wichtigkeit der Preisprüfungsstelle, schloß sich eine lebhafte Diskussion; folgende Entscheidung wurde schließlich angenommen:

Die heute in Karlsruhe tagende Versammlung der Vertreter der Stadt- und Landgemeinden des Kreises Karlsruhe beschließt in sämtlichen Gemeinden Preisprüfungsstellen gemäß Reichsverordnung vom 25. 9. 1915 zu errichten und deren Zusammensetzung zum Kreis- und Landesverband. Zu diesem Zweck wird ein Ausschuss gebildet, der aus folgenden Mitgliedern besteht: Stadtgemeinden: 1. Karlsruhe: Dr. Müller; 2. Pforzheim: Bürgermeister Stodinger; 3. Durlach: Bürgermeister Dr. Bierau; 4. Bretten: Gem.-Rat Munding; 5. Ettlingen: Gem.-Rat Franck; 6. Bruchsal: Herr Herzog. Dorfgemeinden: 1. Anton Albert, Landwirt, Bauerbach; 2. Aug. Pöcher, Landwirt, Unterrombach; 3. J. Bracher, Gem.-Rat, Forst. Gewerkschaften: 1. Hof, Gewerkschaftsleiter; 2. Kiefer, Wä; 3. Krebs, Zentralrat. Ausfrauen: Frau Kunigunde Fischer; Frau Richter. (Ausführlicher Bericht folgt.)

Preise für Schlachtvieh. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat für Schlachtvieh folgende Höchstpreise für den Zentner festgelegt: Bei Rindern: 180 bis 240 M, für ausgewachsene oder vollfleischige Rinder höchsten Schlachtwertes kann ein Zuschlag bis zu 40 M für den Zentner Lebendgewicht bezahlet werden. Bei Kalberrn: im Alter unter 3 Monaten sowie bei Schweinen (ausgenommen bei Vertragsmaß) je 350 M. Bei Schafen: von 200 bis 300 M.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 23. August.

Lebensmittelunruhen, Polizei u. Presse

Den Karlsruher Tageszeitungen ist das nachstehend wiedergegebene Schreiben zugegangen:

Begrüßung Karlsruhe Karlsruhe, 16. Aug. 1920.

Polizeidirektion

Die Lebensmittelunruhen im Juli 1920 in Karlsruhe betr.

Hr. b.

Der Reichsminister des Innern weist darauf hin, daß bei den letzten Lebensmittelunruhen sich gezeigt habe, daß die

Tagespresse ihrer Aufgabe, die Bevölkerung zu beruhigen, nur wenig gerecht geworden sei. Die begangenen Gewalttaten seien in einem Teil der Presse weniger berührt, als entschuldigend worden, was mit dem allgemeinen Unwillen über die hohen Preise zu erklären sei. Darin liege zweifellos eine erhebliche Gefahr, zumal eine Wiederholung derartiger Unruhen sehr leicht möglich sei.

Wir ersuchen ergebenst, den ganzen Einfluß, der der Tagespresse heute zukommt, bei Wiederholung von derartigen Unruhen geltend zu machen und die Behörde nach Möglichkeit bei der Unterdrückung derselben zu unterstützen, wobei wir auf die Wichtigkeit einer geeigneten Aufklärung der Bevölkerung seitens der Presse hinzuweisen Gelegenheit nehmen.

b. Bobman.

Wir müssen nun schon sagen: eine solche, von erstaunlicher Naivität zeugende Ungeheuerlichkeit hätten wir der hiesigen Polizeidirektion nicht zugetraut. Durch ihr Schreiben an die Presse erschwert sie den Zeitungen die erbetene Mitwirkung bei etwa sich wiederholenden Lebensmittelunruhen. Sogar eine hohe Polizei hätte sich sagen können und wissen müssen, daß ein solches Schreiben nicht nur ihr und den Redaktionen bekannt bleiben wird. Schon dadurch ist aber der Zweck zum guten Teil in Frage gestellt, den die Polizeidirektion erreichen will. Sucht manmehr bei etwa wiederkehrenden Unruhen die Presse beruhigend und aufklärend auf erregte Massen einzuwirken, so hat es jeder Schreibstils leicht, den demonstrierenden Massen zu sagen: Die Zeitungen schreiben ja nur auf Anordnung der Regierung und der Polizei. Und mag es fortan eine Zeitung, falls sich das etwa notwendig machen sollte, kritisch über Lebensmittelunruhen zu äußern, so wird auf den Massen das Gefühl zu hören sein: Diese Zeitung sei ein der Polizei willfähriges Organ. Jegliche Aufklärungs- und Beruhigungsarbeit der Presse wird somit durch das auffallend ungeheuerliche Schreiben der hiesigen Polizeidirektion erheblich erschwert. Die Polizeidirektion hat also sich und der Aufrechterhaltung der Ordnung einen Bärendienst geleistet.

Wir unsererseits wollen aus diesem Anlaß klipp und klar erklären, daß für unsere Stellungnahme bei etwa sich wiederholenden Lebensmittelunruhen, das Schreiben der Polizeidirektion ohne jeden Einfluß ist. Und wir wollen auch ganz offen sagen, daß es Situationen geben kann, wo es dem Allgemeininteresse nur dienlich sein kann, wenn demonstrierende Massen durch die Presse lebhaft unterstützt werden. Nicht nur wucherische und habgierige Produzenten, sondern auch das Gebahren wucherischer und skrupelloser Händler kann die unter der Not und unter der enormen Leuerung leidenden Massen so in Erregung versetzen, daß ganz begriffliche Explosionen unvermeidlich sind. Die Konjunktur werden gelegentlich und von manchen Leuten in einer Weise über's Ohr gehauen, die Angesichts der allgemeinen Notlage förmlich zum Himmel schreit.

Wir werden in jedem Falle ruhig und ernstlich prüfen und je nach dem Ergebnis dann unsere Stellungnahme wählen. Rücksichten auf Wünsche der Polizei werden dabei aber ebenso wenig eine Rolle spielen wie Rücksichten auf Tagesstimungen. Und wir dürfen wohl mit Fug und Recht behaupten, daß wir das bereits bewiesen haben. Im übrigen bitten wir die Polizeidirektion wie auch andere Behörden, uns unsere laudere Pflicht nicht weiter durch Stillübungen zu erschweren, wie die oben zum Abdruck gedruckte.

Eine Bitte der Kinderschutzkommission

Die Kinderschutzkommission der Frauenfektion des sozialdemokratischen Vereins veranstaltet jedes Jahr Ferienausflüge für diejenigen Stadtkinder, denen es nicht möglich ist, zur Erholung in ein Ferienheim usw. zu gehen. Tausende von Eltern sind der Kinderschutzkommission für ihre eble unentgeltliche Arbeit dankbar. Diefelbe bedeutet in der Tat praktischer Kinderschutz. Von Ausflug zu Ausflug steigert sich die Zahl der Kinder, die hinausgeführt werden in frische freie Wälder, um unter bewährter Aufsicht unserer Genossinnen bei Spiel und Gesang fröhliche Stunden zu erleben; beim letzten Ausflug waren es circa 1200. Dank der Opferfreudigkeit von privater Seite, sowie von Arbeiter-Organisationen war es der Kommission möglich, durch ein kleines Besper den großen Hunger der kleinen Ausflüger etwas zu stillen. Aber die große Zahl der Teilnehmer und die teureren Preise für Lebensmittel erhöhen noch viel größere Summen, um diese praktische Kinderschutz weiterhin betätigen zu können.

Es ergibt deshalb an alle, an Einzelpersonen sowohl wie an Vereinigungen, an alle Kinder- und Menschenfreunde die Bitte, zu diesem edlen Liebeswerk etwas beizutragen, sei es an Lebensmitteln oder Geld.

Gaben werden an folgenden Stellen entgegengenommen: Expedition des „Vollstreckers“, Luisenstraße 24, sowie bei den Frauen: Stall, Rudolfstr. 24, Fischer, Morgenstr. 24, Schwars, Schützenstr. 10, Günther, Schillerstr. 25, Graf, Blumenstr. 8, Herbststr. 16, Köhler, Durlacherstr. 14, Hertel, Wäpstr. 48.

Ferien-Spaziergang

Die Kinderschutzkommission der Frauenfektion des sozialdemokratischen Vereins veranstaltet morgen Dienstag wieder einen Ferien-Spaziergang der Kinder. Treffpunkt um 2 Uhr an den bekannten Sammelstellen.

Diejenigen Kinder, welche am Schlusse der Ferien-Spaziergänge den Reigen mitmachen wollen, müssen sich am Montag abend 1/8 Uhr auf dem Engländerplatz einfinden.

Die Kinderschutzkommission.

Er will für zwei arbeiten!

Ein Phänomen scheint ein 16 Jahre alter „Junger Mann“ zu sein, der das „Kaufmannsdiener“ genau kennt, denn er preist seine Arbeitskraft im „Karlsruher Tageblatt“ folgendenmaßen an:

Eine Bitte!

Junger Mann b. 16 Jahr, Witse, welcher das Kaufmannsdiener genau kennt, sucht tautesloses Logis. Diefelbe ist in Buchführung aller Art, Stenographie, sowie Maschinenschreib. erfahr. und kann eb. durch Liebetarbeit 2 Pers. ersetz. Angeb. unt. usw.

Welleicht lernt der junge Mann recht bald um und kommt zu der Einsicht, daß er nur in Kreise seiner Berufskollegen seine Verhältnisse verbessern kann und er wird dann sich auch in Zukunft davor hüten, sich großprecherische und zugleich demütigende Interzette loszulassen. Die schöne Zeit, wo durch Uckerfunden andere brotlos gemacht wurden, dürfte in der Hauptsache dahin sein!

Gartenfest

Erneut hat die Stadtgarten-Kommission zu einer Feste am Samstag mittag eingeladen, das die Einleitung bildete zu einer Reihe weiterer festlicher Veranstaltungen, mit denen wohl die diesjährige „Saison“ ihren Abschluß finden soll. Der Besuch war am Samstag nicht der erwartete, er war zwar immer noch gut, blieb aber weit hinter dem Massenandrang zu den bisherigen Veranstaltungen zurück. Ob das zweifelhafte Wetter die Schuld trägt? Oder der immerhin beträchtliche Eintrittspreis von 8 M? Vielleicht beides zusammen! Die etwas schwächere Besuch gegen sonst war aber auch das einzige, was am Samstag mittag enttäuschte. Die Veranstaltung selbst verlief in äußerst zufriedenstellender Weise. Das Programm war mit Geschick zusammengestellt, war sehr abwechslungsreich und unterhaltend. Der künstlerische Teil wurde vom Musikverein Harmonie und dem Doppelquartett des Männer-Gesangvereins „Concordia“ bestritten. Herr Rudolph bot mit seinem Orchester wieder ganz vorzügliches, er wartet in jedem Konzert mit einigen neuen Werken auf und zeigt damit, mit welchem Fleiß sich das Orchester seiner Aufgabe widmet. Die Wiedergabe läßt unermüdliches Studium und künstlerisches Streben eines jeden einzelnen Musikers erkennen. Dem Männergesang lauscht man immer gern, um so lieber, wenn er sich so gut gutem Material gegliedert wird, wie es bei den 8 Mann der „Concordia“ vorhanden ist; ausgeglichen, wohl gepflegt, gut aufeinander abgestimmt, voll Verständnis im Vortrag, da kann die Wirkung nicht ausbleiben. Und sie blieb auch nicht aus. Der stürmische Beifall nützte die Sänger gleich nach den ersten beiden Liedern eine Dreiecke ab. Der „Zwischenakt“ spielte sich auf dem See ab. Mitglieder des Karlsruher Rudervereins und des Karlsruher Schwimmvereins zeigten ihre „Wasserkünste“. Rabelruben, Schifferledern, Versuche auf dem hohen See usw.; Hauptfrage war, daß der Scherz jedesmal mit einem mehr oder minder unfehllichen Waden im See endete; worüber sich familiäre Großen und kleinen Kinder unbändig freuten! Somit war der Zweck der ganzen Veranstaltung, Freunde zu bereiten, gute Unterhaltung zu bieten, vollauf erreicht.

Sozialdem. Verein Karlsruhe. Am Mittwoch, 25. August, findet abends 7 1/2 Uhr im „Gefanten“ Saalstr. 42, eine Versammlung der Vertrauensmänner der Sozialdemokratischen Partei statt. Wir bitten um vollzähliges Erscheinen. Der Vorstand.

o Tarifverbindlichkeitserklärung im Handelsgewerbe. Die Organisation der Handelsangehörigen in Karlsruhe i. V. haben beantragt, die zwischen der Detaillisten-Vereinigung Karlsruhe E. R., dem Zentralverband des deutschen Großhandels E. R., Kartgruppe Karlsruhe, und der Seibener-Kommission der Angehörigen Karlsruhe am 29. Oktober 1919 abgeschlossene Vereinbarung betr. Erhöhung der Leuerungssätze sowie von den Karlsruher Verbänden des Groß- und Kleinhandels und den Angehörigen anerkannter Schiedsrichter, Schiedsgericht des Groß- und Kleinhandels gemäß § 3 der Verordnung vom 28. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt S. 1456 für das Gebiet der Stadt Karlsruhe einschließlich der eingemeindeten Vororte für allgemein verbindlich zu erklären. — Einwendungen gegen diesen Antrag können bis 6. September 1920 erhoben werden und sind unter Nr. VI R 428 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Luisenstraße 38, zu richten.

Ein Sommerkonzert im Stadtgarten und in der Festhalle ist das Motto der Stadtgarten-Kommission für nächsten Mittwochabend. Ein Höhepunkt in den diesjährigen Veranstaltungen soll das Fest sein, das nach längerer Zeit auch wieder einmal Tanz in Form eines Sommerkonzertes bringen wird. Das Fest beginnt mit einem Konzert im Stadtgarten um 7 Uhr und dauert bis 12 Uhr. Ein ausgesprochenes Musikprogramm ist hierfür aufgestellt. Daneben wird ein bestens bekanntes Mitglied des Orchesters unseres Landes, der Violon-Virtuose Kammermusiker Karl Lahn, Proben seines Könnens auf seinem Instrument geben. Um 9 Uhr beginnt in den weiten hell erleuchteten Räumen der Festhalle der langentbedrte Sommerkonzert. Ein besonderes Walzerorchester ist für ihn bestellt. Reiche Auswahl an neueren und älteren Tänzen weist das umfangreiche Tanzprogramm auf, das allen Wünschen gerecht werden will. Eine weitere sicherlich allseits freudig begrüßte Überraschung stellt für die großen Tanzpausen bevor: Diebe, vor Kurzem erst gezeichnete Bekannte betreten die „Festhalle, die die Welt bedeuten“. Direktor Otto Hans Korben und die Operettenängerin Fräulein Nelly Sälger, die beide ihre Gastspielreisen zu diesem besonderen Zwecke unterbrochen haben, im Bunde mit einem anderen geschätzten Karlsruher Kinde, der Solotänzerin Fräulein Anni Kirchner, um mit den besten Gaben ihrer reichen Künste aus den vielseitigen Gebieten leicht beschwingter Witze anzuhalten. Ein Kabarett feinsten Stils wird sich der erwartungsvollen Menge aufhauen. So wird dem ganzen Plan auch heuer ein gut Gelingen sicher sein. Geschäftliches besagen Kafale und Inzerata.

e. Familienfeier der Passalia. Zu einer ersten und rechten Familienfeier gestaltete sich der vom Gesangverein „Passalia“ Karlsruhe am gestrigen Sonntag veranstaltete Familienausflug nach Langentheimbach. Zahlreich hatten sich die Mitglieder nebst ihren Angehörigen daran beteiligt. In der Festhalle in Langentheimbach herrschte bald ein gemühtlich-freudliches Treiben. Besonders die Jugend war vollständig zur Stelle und kam voll und ganz zu ihrem Recht. Bei einem gemütlichen Tanzabend blieb man bis spät beisammen. Dieser Ausflug wird bei allen in steter Erinnerung bleiben. Daß der gesangliche Teil gut angefallen hat, bedarf wohl keiner weiteren Erwähnung.

40-jähriges Geschäftsjubiläum. Man schreibt uns: Die Firma B. Voland & Co. hier kann in diesen Tagen auf ihr 40-jähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1880 von dem 1908 verstorbenen Herrn Wilhelm Voland gegründet und von den Söhnen des Gründers weitergeführt, hat sich die Firma zu einem der bedeutendsten Spezialgeschäfte für Bekleidung und Ausstattung entwickelt. Auch die angelerbte Großhandelsabteilung hat, besonders in Süddeutschland, ihren Abnehmerkreis ständig erweitert. Aus Anlaß des Geschäftsjubiläums hat die Firma außer Zusammenkünften an ihre Angestellten der Stadt Karlsruhe den Betrag von 5000 M für nothleidende Kinder zur Verfügung gestellt.

(Karlsruher K. G. Frankonia, gegründet 1886, begeht in diesem Jahre das 34-jährige Bestehen. Dem Lustakt hierzu bildet am Samstag, 28. August, halb 8 Uhr beginnend, im großen Festhalleaal ein Festkonzert mit anschließendem Festball. Den gesanglichen Teil bestreitet der bekannte Gesangverein Lyopographia Karlsruhe, den musikalischen Teil der Karlsruher Musikverein. Die sportlichen Darbietungen werden von dem Athleten-Sportklub Germania-Sportfreunde ausgeführt. Der Sonntag, 29. August ist ausschließlich dem Sport gewidmet und es hat sich in dankenswerter Weise der Karlsruher Fußballverein verpflichtet, mit seiner 1. Mannschaft dem K. G. Frankonia gegenüberzutreten.

10 Milliarden Feldpostkarten wurden 1914/18 vom und ins Feld geschickt. Ein Blatt mit 100 Postkarten ist circa 2 Zentimeter dick. Es waren also 100 Millionen Blatt nötig mit einer Dicks von 200 Millionen Zentimeter, das sind 200 000 Meter oder 200 Kilometer, was einer Länge von Rom bis Christinia gleichkommt. Wenn man einen Beutel, das jede einzelne Karte der Postkamten so und so wie, mit d. r. d. Hände ging, bis sie ihr Ziel erreicht hatte, so wäre man als ein Bild machen von der Weltumrundung der Feldpost, zumal Vieles in den geschickten Händen nicht enthalten sind.

Wäld... Unbekannt... Geirich... häufen a... ten je 40... Berbe... raddesta... Sals für... partien w... mit Kraft... wegen Un... Granun...

Eine V...

ngest... ungeteilt... kurzem B... Radstem... das konnte... gegeben, i... oder Wied... sollten. E... zehnis zug... den 9225... und von d... behaltung... ten Unterr... ministerium...

Der A... Anter ober... derte Frau... zanter eing... Dresden. ... und Dresl... Einrichtung... furt, Main... Augsbürg... fuchen bea... wie Dantsg... burg haben... richtung.

Die M... artige Ein... milder noch... die Halle m... richte aufst... hat Pühum... arbeitet un... richtliche r... ahnlisches... der Zugen... sung von V... durch Unter... Die G... kommt alle... heute nach... folgen des... bereits nach... die wegen i... sermecht h... hältlich, i... gefällung i... bringt, so... lie richtig... Deutschland... jugendliche... und pro... gedrohtfraz... erinnern, d... solche Kom... wurde für de... die von dor... denen, für...

Durme... schreibe uns... 12. August:... Schwiegerm... Wietor erba... ist bereits... tion zugewie... den wohnt... Januar 192... war ein jehr... leuung der... diesem Falle... benötigte, al... Jahren das... Bollmangge... die Vorkäse... fuzerhand... nützten, ent... folde, die m... benutzte. Je... Steuern sein... tigen Räum... gleichgültig, ... anderen Ein... am den Gem... fehung der... stieb: „D... meinordnu... durchzuführen... Es ist un w... nach meiner... Lage des G... nügen dürfe... kommenden D... Wohnungsfor... habe am Ab... les Amt nicht... allerdings, ich... Geerbe, ich i... Meter lange... Geschäftszwe... Das ist unri... mein Geld... Frühjahr 191... das fruchte M... det. Die W... tzen besticht... den Möglich... bereis als ein... die bestigende...

Die M... artige Ein... milder noch... die Halle m... richte aufst... hat Pühum... arbeitet un... richtliche r... ahnlisches... der Zugen... sung von V... durch Unter... Die G... kommt alle... heute nach... folgen des... bereits nach... die wegen i... sermecht h... hältlich, i... gefällung i... bringt, so... lie richtig... Deutschland... jugendliche... und pro... gedrohtfraz... erinnern, d... solche Kom... wurde für de... die von dor... denen, für...

Die M... artige Ein... milder noch... die Halle m... richte aufst... hat Pühum... arbeitet un... richtliche r... ahnlisches... der Zugen... sung von V... durch Unter... Die G... kommt alle... heute nach... folgen des... bereits nach... die wegen i... sermecht h... hältlich, i... gefällung i... bringt, so... lie richtig... Deutschland... jugendliche... und pro... gedrohtfraz... erinnern, d... solche Kom... wurde für de... die von dor... denen, für...

Die M... artige Ein... milder noch... die Halle m... richte aufst... hat Pühum... arbeitet un... richtliche r... ahnlisches... der Zugen... sung von V... durch Unter... Die G... kommt alle... heute nach... folgen des... bereits nach... die wegen i... sermecht h... hältlich, i... gefällung i... bringt, so... lie richtig... Deutschland... jugendliche... und pro... gedrohtfraz... erinnern, d... solche Kom... wurde für de... die von dor... denen, für...

Die M... artige Ein... milder noch... die Halle m... richte aufst... hat Pühum... arbeitet un... richtliche r... ahnlisches... der Zugen... sung von V... durch Unter... Die G... kommt alle... heute nach... folgen des... bereits nach... die wegen i... sermecht h... hältlich, i... gefällung i... bringt, so... lie richtig... Deutschland... jugendliche... und pro... gedrohtfraz... erinnern, d... solche Kom... wurde für de... die von dor... denen, für...

Wäschebühnen. Im Laufe des gestrigen Tages stieg ein Unbekannter, der sich die Namen Hans Treischer aus Köln und Heinrich Knupper aus Freiburg beilegte, in zwei hiesigen Gasthäusern ab und entwendete in jedem Falle Bettwäsche im Werte von je 400 M.

Verhaftet wurden: ein Schlosser aus Durlach wegen Klebstoffdiebstahl, ein Tagelöhner von hier wegen Betrugs, weil er Salz für Zucker verkaufte, ein Kaufmann von hier und Weinparten wegen Schleich- und Kettenhandels und Preiswucher mit Kraftwagen u. s. f., ferner ein Fabrikarbeiter aus Waldmohr wegen Unterschlagung und eine Dienstmagd aus Karlsruhe-Grumwinkl wegen Diebstahls.

Gemeindepolitik

Eine Abstimmung über die ungeteilte Unterrichtszeit. Forstheim, 21. Aug. Zur Klärung der Ansichten über die ungeteilte Unterrichtszeit wurde in der hiesigen Volksschule vor kurzem die ungeteilte Unterrichtszeit versuchsweise eingeführt. Nachdem darüber inwieweit einige Erfahrungen gesammelt werden konnten, wurden den Schülern Stimmzettel mit nach Hause gegeben, in denen die Eltern ihre Ansicht über die ungeteilte oder Wiedereinführung der geteilten Unterrichtszeit eintragen sollten. Die Abstimmung hat ein überraschend günstiges Ergebnis zugunsten der ungeteilten Unterrichtszeit ergeben. Von den 922 ausgegebenen Stimmzetteln wurden 890 ausgefüllt, und von diesen sprachen sich 8460 oder 94,73 v. H. für die Wiedereinführung und nur 470 für die Wiedereinführung der ungeteilten Unterrichtszeit aus. Das Material wurde dem Unterrichtsministerium zur Entscheidung vorgelegt.

Das städtische Hauswuchern

Der Deutsche Städtetag hat eine Rundfrage über Pflegenämter oder pflegenämterähnliche Einrichtungen für städtisch gefährdete Frauen und Mädchen veranlaßt. Darnach sind Pflegenämter eingerichtet in Altona, Halle und Rauen, dem Staat in Dresden. Geplant sind solche Einrichtungen in Charlottenburg und Breslau, in Bremen und Hamburg. Pflegenämterähnliche Einrichtungen bestehen in Barmen, Gommern, Düsseldorf, Frankfurt, Mainz, Nürnberg, Stettin und Stuttgart. Ferner in Augsburg, Karlsruhe, Kiel, Lübeck und Neudorf. Gelfenkirchen beschließt, Mädchenjahre einzurichten. Andere Städte, wie Danzig, Essen, Köln, Königsberg, Saarbrücken und Magdeburg haben nur durch gemeinnützige Vereine eine derartige Einrichtung.

Die Mehrzahl der Städte hat also überhaupt noch keine derartige Einrichtung. Und die Organisation ist überall mehr oder minder noch mangelhaft. Eine besonders glückliche Organisation hat Halle mit seinem Hauswuchernamt, das sich nach dem Bereiche außerordentlich gut bewährt hat. Das Städtewuchernamt hat Fühlung mit allen Wohlfahrtsvereinigungen der Stadt, es arbeitet auch mit dem städtischen Jugendamt, der Jugendgerichtshilfe u. s. w. Hand in Hand durch Austausch der Fälle und ähnliches. Besonders nimmt sich das städtische Städtewuchernamt der Jugendlichen an. Dies geschieht durch Belehrung, Beschäftigung von Arbeit, Unterhalten, Kleidung, Papieren u. s. w. Auch durch Unterweisung durch Geschwulst.

Die Erfolge eines Pflegenamtes allein tut es nicht. Es kommt alles auf die Organisation an. Und das gilt besonders heute nach den auch in städtischer Beziehung sehr verderblichen Folgen des Krieges. Aus Dresden meldete die Städtewuchernämter bereits nach dem ersten Kriegsjahre, daß die Zahl der Mädchen, die wegen Unbetheiligung festgenommen waren, sich um 50 Prozent vermehrt habe. Das hat natürlich seine Ursache in den Verhältnissen, in diesem Falle im Kriege. Aber wenn auch die Umgestaltung der Lebensordnung allein den endgültigen Erfolg bringt, so kann doch durch bezügliche kommunale Fürsorge, wenn sie richtig angewandt wird, viel erreicht werden. So zeigte Deutschland z. B. von 1882 bis 1908 ein stetes Ansteigen der Jugenddelinquenz. Dann aber trat eine Gerabminderung ein und zwar durch das Eingreifen der Fürsorge und der Jugendstrafrechtspflege. Bei der Gelegenheit möchte ich daran erinnern, daß auch proletarische Frauen vorhanden sind, die solche kommunalen Stellen besetzen können und die sich gerade für derlei Aufgaben besser eignen als so manche „Dame“, die von bürgerlichen Eltern gegenwärtig zwischen ihrer Person und denen, für die sie da ist, mitbringt.

Durmersheim, 17. Aug. Herr Gemeinderat E. Kunz schreibt uns auf den Artikel in der Nr. 185 unseres Blattes vom 12. August: Es ist durchaus unklar, daß ich verurteilt, meiner Schwiegermutter Frau Frick dazu zu verurteilen, daß sie keinen Mieter erhalte. Ich habe ihr im Gegenteil jenerlei zugesagt, die ihr bereits vor dem jetzigen Mieter von der Wohnungskommission zugewiesenen Wohnungszuständen aufzunehmen. Im November wohnte ein alleinstehendes Fräulein von Oktober 1919 bis Januar 1920 bei Frau Frick und das gegenwärtige Verhältnis war ein sehr gutes. Mein Protest hat sich nie gegen die Zuweisung der Mieter gerichtet, sondern dagegen, daß man ihr in diesem Falle einen Mieter einsetze, der am liebsten mehr Platz benötigte, als vorhanden war, daß man die jetzige ca. 40 Kuben das Magazin für das Rational-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwarengeschäft benötigten Räume räumlich ausräumte und die Räume in Ermangelung jedes anderen geeigneten Raumes kurzerhand im Hausflur bis zur Decke aufstürzte. Alle unbenutzten, entbehrlichen Räume durften erfüllt werden, nicht aber solche, die man seit langer Zeit für ein Geschäft benötigte und benutzte. Jeder Gewerbetreibende muß neben den allgemeinen Steuern seine Gewerbesteuer bezahlen, ihm die zum Betriebe nötigen Räume entstehen, bleibt bei mir deshalb ein Unrecht, schuldig, ob es sich um meine Schwiegermutter oder um einen anderen Gewerbetreibenden handelt. Es ist u. n. o. a. h. r., daß ich an den Gemeinderat geschrieben habe, ich verstehe auf die zur Verfügung der Wohnungskommission dienenden Verfügungen u. s. w. Ich schrieb: „Die Drangung des Bezirksamtes mit § 23 der Gemeindeordnung wird mich nicht abhalten, meinen Protestbrief durchzuführen, da § 23 rechtlich hier gar nicht anwendbar ist. Es ist u. n. o. a. h. r., daß dem Mieter der Brunnen verschlossen ist. Nach meiner Kenntnis hat bis heute nur ein Gensdarm am Tage des Einzuges gefragt, ob der Mieter den Brunnen benützen dürfe. Es wurde bejaht, wenn der Mieter bei einer vorliegenden Reparatur einen Teil der Unkosten trage. Aus der Wohnungskommission einen Teil der Unkosten trage. Aus der Wohnungskommission bin ich nicht ausgetreten, sondern ich habe am Abend meiner Ernennung zum Vorstehenden erklärt, dieses Amt nicht annehmen zu können. Bestimmend für mich war allerdings das damals schon in der Öffentlichkeit verbreitete Gerücht, ich würde das eine meiner beiden großen Häuser, die 8 Meter lange und 5 Meter breite alte Brauerei nur deshalb zu Geschäftszwecken verwenden, um meine Mieter nehmen zu müssen. Das ist unrichtig! Dieses Gebäude wurde 1918, da ich es für mein Geschäft dringend benötigte, von mir erworben und im Frühjahr 1914 schon nach Entfremdung des Innendaches, der durch das frühere Raumverwerf faul und moribund war, hierzu verwendet. Die Wohnungskommission hat schon mehrmals mein Ansuchen befristet, letztmals auch im Beisein eines sozialdemokratischen Mitgliedes. Durch meinen Protest forderte ich nichts anderes als eine gerechte Verteilung und Behandlung auch für die besitzende Klasse.

Soziale Rundschau

Eine Reichsenstehung über den Auktionsabend. Eine weittragende Bedeutung ist und endlich der Unklarheit über die Gestaltung von freiwilliger Heberarbeit seitens der Arbeiter- und Angehörigen ein Ziel, ist am 7. Juli ge-

fällt worden. Ein Landgericht hatte sechs Bierfahrer wegen Heberarbeit die Verurteilung über die Regelung der Arbeitszeit zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Angeklagten sind häufig länger als acht Stunden täglich für eine Brauerei tätig gewesen, da sich die Fahrten, die sie machen mußten, nicht immer genau auf acht Stunden Dauer einrichten ließen. Das Landgericht hat die Angeklagten deshalb verurteilt und strafmildernd berücksichtigt, daß sie noch nicht bestraft seien und die Heberarbeit freiwillig geleistet hätten. Gegen das Urteil haben die Angeklagten Revision eingelegt. Sie gaben an, oft mehr als acht Stunden täglich gearbeitet zu haben, doch die Gesamtzahl der Arbeitsstunden in der Woche nie mehr als 48 Stunden betragen. Das Reichsgericht hat dieses Urteil aufgehoben und die Angeklagten kostenlos freigesprochen, da die Verordnung über den Auktionsabend offensichtlich in der Absicht ergangen sei, der übermäßigen Ausnutzung der Arbeitskraft der Arbeiter vorzubeugen. Die Verordnung will also offenbar ausdrücken, daß kein Arbeitgeber mehr als acht Stunden Arbeit von seinen Arbeitnehmern verlangen darf. Der Gesetzgeber war zweifellos aber nicht von der Absicht geleitet, Arbeitnehmer, die freiwillig mehr arbeiten, in Strafe zu nehmen. Außerdem beständen noch Bedenken (1) gegen die Rechtsgültigkeit der Verordnung.

Welche Bedenken gegen die Rechtsgültigkeit der Verordnung bestehen, gibt das Reichsgericht leider nicht an. Es hat wohl übersehen, daß der Auktionsabend längst als Rechtsbrauch geworden ist, daß für keine juristischen Voraussetzungen gefaßt sind. Die Arbeiterarbeit ist aber mehr denn je vertriebt, dafür zu sorgen, daß nicht durch den Mißbrauch des Wortes „freiwillige Heberarbeit“ eine Gefährdung und Umgehung des Auktionsabendes eintritt.

Wahnpreise

Die normale Jahresarbeitsleistung eines Bauhandwerkers kostet heute bei Neubauten einschließlich Material 50 000 M. bis 180 000 M., durchschnittlich 100 000 M. Diese Summe entfällt wie folgt: Materiallohn 50 000 M., Arbeitslohn 10 000 M., Geschäftslohn, 35 Proz. von Material und Arbeitslohn, rund 20 000 M., Verdienst, 25 Proz. von Material, Arbeitslohn und Geschäftslohn = 20 000 M., zuz. 100 000 M. So etwa lautet die Berechnung. Der Verdienst ist in Wirklichkeit erheblich größer, z. B. die Geschäftslohn betragen einschließlich 1 1/2 Prozent Umsatzsteuer, kaum 40 Proz. von Arbeitslohn, oder etwa 7 Proz. von Material und Arbeitslohn, rund 4000 M. pro Arbeiter. Der Rest des Werts der Geschäftslohn (20 000 - 4000) = 16 000 M. ist Verdienst. — Der Unternehmerverdienst beträgt somit an einem Arbeiter rund 3 1/2 mal mehr als der Verdienst des Arbeiters — durch die hohen Anforderungen der Unternehmer wird das Bauen unmöglich. Manche geplante Neubau- und notwendige Unterhaltungsarbeiten wird zurückgestellt, deshalb Preisabfall.

Hierzu ist aber nicht nötig, die Arbeitslöhne abzubauen, diese sollen vorerst beibehalten werden. Denn sie reichen kaum zum Lebensunterhalt. Dagegen kann der Verdienst der Unternehmer und Materiallieferer erheblich verringert werden. — Die Jahresarbeitsleistung eines Arbeiters soll dann kosten: Material 38 000 M., Arbeitslohn 10 000 M., Geschäftslohn 4000 M. abzüglich 700 M. für weniger Umsatzsteuer = 8300 M., Verdienst 10 Proz. von Material, Arbeitslohn und Geschäftslohn, rund 4700 M., zuz. 54 000 M. Eine Verbilligung um nahezu die Hälfte. Der Jahresverdienst eines Unternehmers mit 10 Arbeitern ergibt immer noch rund 10 mal 4700 = 47 000 M. Mit den jetzigen Bauausgaben kann das Doppelte gebaut werden und Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot werden vermindert. J. S.

Jugend und Sport

Veranlagung zum Sport

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß sich bei vielen Menschen eine gewisse Veranlagung zum Sport bereits in der Kindheit bemerkbar macht. Diese Veranlagung manifestiert sich in der Liebe für Laufen, Springen, sportliche Spiele usw. zum Ausdruck und wird von Jahr zu Jahr zunehmen. Wie oft hört man doch in Bezug auf einen Jungen die Worte: Das wird später einen guten Turner geben. Sache der Eltern, Lehrer und Vorgesetzten, diese Veranlagung, welche in der Familie vererbt wird, es dann sein, diese Freunde an körperlichen Bewegungen nachzugehen, die sportliche Betätigung selbst aber in die richtigen Bahnen zu lenken, um auf diese Weise leberregenden, die dem jugendlichen, im Wachstum begriffenen Organismus doppelt schädlich wirken, vorzubeugen. Es früher das jugendliche Gemüt dazu angehalten wird, bei Ausübung sportlicher Tätigkeit ein bestimmtes System einzuhalten, und im Sport selbst nicht nur eine Gelegenheit zur Lust und Freude sondern auch ein Mittel der Erziehung zu erblicken, desto früher wird auch ein großer Teil unserer heranwachsenden Jugend den Sport in seinen günstigen Wirkungen schätzen und begreifen lernen. Die Veranlagung zum Sport wird in solchen Fällen ihrem Träger zum Segen gereichen, weit früher als manchem anderen, der erst im späteren Leben Gelegenheit hatte, sich mit Sport zu beschäftigen. Darum ist es Pflicht aller einsichtsvollen Eltern, ihre Kinder so früh wie möglich zu körperlichen Anstrengungen und für den Sport zu erziehen, jeder nach seiner finanziellen Können; es gibt ja auch Sport, der geringe Anstrengungen erfordert. J. S.

Letzte Nachrichten

Vom russisch-polnischen Krieg

Paris, 22. Aug. Der „Matin“ veröffentlicht eine Depesche aus Warschau, daß gestern Abend 10 Uhr 35 Min. das polnische Heer in West-Litauen eingedrungen sei. Infolge des außerordentlich schnellen Vorgehens der polnischen Truppen seien jetzt bolschewistische Divisionen zwischen Siedlec und West-Litauen eingeschlossen. Man hofft, bei dieser Gelegenheit 30-40 000 Mann gefangen zu nehmen.

Paris, 22. Aug. „Daily Chronicle“ will wissen, daß die russische Armee von einer Panik ergriffen ist. Dem „Journal“ zufolge hat ein alliierter Offizier, der von der Grenze zurückgekehrt ist, erklärt, daß die Russen Geschütze in den Wäldern verstecken gelassen haben. Die Russen hätten keine demoralisierten und machen keine Anstrengungen, um die Geschütze zu retten.

Die „Times“ melden, bei West-Litauen seien 10 000 Gefangene ergriffen worden, ferner 18 Geschütze und 350 Maschinen-gewehre.

Der Korrespondent des „Matin“ erzählt von der polnischen Front, daß Konow-Ringk durch die Russen gefoltert worden ist, bevor die Polen die Stadt wieder besetzten. Nach der „Times“ befand sich West-Litauen, nachdem es die Bolschewisten verlassen hatten, in den Händen einer Bürgerwehr, die die Ankunft des polnischen Heeres erwartete. Die „Times“ behaupten, daß Trochly in Westfalen an der westpreussischen Grenze angekommen sei, um politische und militärische Fragen mit deutschen Offizieren zu besprechen.

Paris, 22. Aug. Die Agentur Havas berichtet aus Konstantinopel: Nach einer Mitteilung sind die Operationen der Bolschewisten auf dem linken Ufer des Bosporus erloschen. Die roten Truppen, die in der Gegend von Borislaw und Gheron große Reserven bereitgestellt hatten, überschritten den Fluß in der Richtung aus Berekop, um den rechten Ufer der Truppen des Generals Brangel zu umfassen. General Brangel hatte jedoch die Umkehrung rechtzeitig erkannt und unterzöglig eine Gegenoffensive gemacht, eroberte Kiefso und drängte die rote Armee auf das andere Ufer des Flusses zurück. Auf ihrem Rückzug ließen die roten Truppen zahlreiches Kriegsmaterial zurück.

Erwerbslosendemonstrationen in Dresden

Dresden, 23. Aug. In Dresden kam es wieder zu Erwerbslosendemonstrationen. Die Erwerbslosen hatten an das Wirtschaftsministerium ein Ultimatum wegen der von ihnen erhobenen Forderungen, insbesondere der Beschaffungshilfe, gestellt. Ehe noch die Verhandlungen ihr Ende erreicht hätten, drang eine Menge von vielen Hunderten Demonstranten in die enge, wegen ihrer vielen Lebensmittelgeschäfte besetzten Hebergasse ein, und plünderte dort mehrere Geschäfte. Die großen Schaufensterheben wurden zertrümmert, wobei zahlreiche ernste Verletzungen erlitten. Die Waren in den Schaufenstern, namentlich Margarine, Fett, Haferflocken, Würstchen, kondensierte Milch wurden ohne weiteres verteilt und in großen Mengen auf die Straße geschleudert. Der Polizei, die schließlich mit blanker Waffe vorging, gelang es nur mühsam, weitere Plünderungen zu verhindern.

Die Frage der Brennstoffkalamität

Essen, 21. Aug. Ein Preisausschreiben zur Brennstofffrage hat die „Deutsche Bergwerkszeitung“ erlassen, dessen Thema lautet: „Wege und Ziele der deutschen Brennstoffwirtschaft“. Es sind Preise im Gesamtbetrag von 50 000 M. ausgesetzt. Es handelt sich darum, praktische Vorschläge zur Behebung der gegenwärtigen Kohlennot zu erhalten.

Die amerikanischen Sozialisten

New York, 22. Aug. Die Sozialistische Partei Amerikas hat sich durch eine Abstimmung unter gewissen Vorbehalten für die dritte Internationale ausgesprochen. Durch eine weitere Abstimmung sprach sich die Partei jedoch gegen die Diktatur des Proletariats, wie sie in Rußland ausgeübt wird, aus.

Die Situation in der Türkei

Konstantinopel, 23. Aug. Gemäß dem Friedensvertrag beschäftigt sich die türkische Regierung mit der Frage der Wiederherstellung der ausländischen Bewegung in Anatolien. Der Ministerrat hat beschlossen, zur Bewältigung dieser Aufgabe eine neue Division zu bilden. Eine Delegation der Bevölkerung von Bolu, die hier eingetroffen ist, begrüßte die türkische Regierung in der Bekämpfung der nationalistischen Banden. Die finanzielle Lage ist schwierig und macht der Regierung viel zu schaffen. Es fehlt an den nötigen Mitteln, um die Gehälter der Militär- und Zivilbeamten auszusahlen, die sich auf 1 1/2 Millionen türkische Pfund belaufen. Der Finanzminister hat die Liquidationskommission beauftragt, alles Gezeugs, das vom Kriege her übrig geblieben ist, zu verkaufen. Die Regierung steht in Unterhandlung mit der Ottomanijschen Bank zwecks Gewährung eines Darlehens.

Valuta-Bericht vom 21. August

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 11,75 Frs. Auszahlung Dollar und notierte etwa 16,66 M. per holl. Gulden; Schweiz etwa 8,88 M. per schw. Fr.; England etwa 184 M. per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 8,60 M. per franz. Fr.; New York etwa 5,50 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 23. August 1920

Das nördliche Tiefergebiet hat sich erneut südwärts verlagert, während der hohe Druck ganz nach Westen zurückgewichen ist. Es trat daher gestern wieder strichweise in Baden geringe Regenfälle ein. Westliche, dem hohen Norden entstammende Winde, haben empfindliche Abkühlung gebracht (Rheinebene 8 Uhr morgens 12 Grad). Die gegenwärtige Luftdruckverteilung ist charakteristisch für kaltes Sommerwetter, sodas stärkere Erwärmung zunächst noch nicht zu erwarten ist. Voraussichtliche Witterung bis Dienstag, 24. Aug., nachts: Wolkig, kühl, geringe Regenfälle.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 175, gef. 15; Rehl 256, gef. 4; Ragn 446, gef. 2; Mannheim 341, gef. 11 Zentimeter.

Briefkasten der Redaktion

N. N. N. Brief kam erst Samstag mittag an; Rotig betreffend Arbeiter-Gesangverein Diebstahlsfreier konnte also nicht mehr gebracht werden. Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Rabel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Geleke; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Unsere Filialinhaber,

welche den „Volkfreund“ durch die Post überweisen erhalten, wollen die für September benötigte Bestelzettel (p a t e n s bis zum Mittwoch, den 26. ds. Mts., uns mitteilen, sonst kann die Zustellung bis zum 1. September nicht rechtzeitig erfolgen. Verlag des „Volkfreund“.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Wasserportverein.) Achtung! Unsere Übungen finden von jetzt ab jeden Mittwoch (erstmalig 26. Aug.), abends von 7-8 Uhr, regelmäßig im städtischen Bierdrückbad statt. Vollständiges Erscheinen unter Hinweis auf unser baldiges Schauschwimmen dringend erwünscht. Mitgliedsartenempfang im Bad. 6023

Stadtbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufgebote. Walthor Engel von hier, Buchdrucker hier, mit Vertha Dietrich von hier. Eduard Franz von Oberwittstadt, Bürovorsteher hier, mit Vertha Walz von Oberwittstadt. Julius Rudolph von hier, Modelldreiner hier, mit Anna Walthor von hier. Ernst Feiler von Engweisingen, fädt. Arbeiter hier, mit Johanna Weigel geb. Mülher von Mülherbach. Albert Schneider von Alsbach, Kanalarbeiter hier, mit Eva Feil von hier. Robert Kemmer von hier, Bädermeister hier, mit Elisabeth Brod von hier. Karl Schrimm von hier, Metzger hier, mit Hedwig Schiller von Schwandorf. Reinhard Schneider von Berlin-Schöneberg, Oberleutnant a. D. in Oesede, mit Selma Billing von hier. Georg Mehlhoff von Emetach, Lagerarbeiter hier, mit Katharina Rottler von Emetach. Karl Nemerer von hier, Bäcker hier, mit Frieda Wittich von hier. Karl Sämmerlin von Mülherbach, Handelslehrer in Buggingen, mit Karolina Kasper von hier. Adam Heinrich von Oberwittstadt, Hauptlehrer in Buggingen, mit Frieda Fahr von hier. Jos. Weinstein von Wüdingen, Tagelöhner hier, mit Luise Ull geb. Schorpp von Würmersheim. Hermann Fischler von Wulach, Kaufmann alda, mit Vertha Braun von hier. Josef Stadler von Heiligkreuztal, Lokomotivbeizer hier, mit Emma Kemmling von Wüdingen. Karl Weisgerber von Heidelberg, Regierungsbaumeister in Berlin-Wilmersdorf, mit Rosalia Wendler von Waldshut. Friedrich Sauerbrunn von Weingarten, Bädern hier, mit Frieda Schmalader von hier. Todesfälle. Christof Kammerer, Schmied, Chemann, alt 69 Jahre. Alga, alt 4 Jahre, W. Friedrich Lübbede, Betriebsleiter. Eduard Mühl, Privatmann, ledig, alt 74 Jahre. Charlotte Müller, alt 82 Jahre, Ehefrau von Joh. Müller, Schlosser. Kurt alt 18 Tage, W. Emil Langenstein, Schreiner. Karl Groß, Bahnarbeiter, Chemann, alt 48 Jahre. Hermann Heß, Handelsmann, Chemann, alt 65 Jahre.

